Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 108. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 207.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 3,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen. Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. – Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Hauptschriftleitung Dr. Strasser-Freiberg Halle (Saale).

Donnerstag, 5. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Zum Tode des Kardinals Kopp.

Kardinal Georg von Kopp, Fürstbischof von Breslau, ist am 4. März verschieden.

Der verewigte Kirchenfürst wurde am 25. Juni 1837 in Duderstadt als zweiter Sohn eines unbemittelten Weberpaares geboren. Nach dem Besuch der Bürgerschule und des Progymnasiums seiner Vaterstadt legte er im Herbst 1856 am Gymnasium zu Hildesheim die Reifeprüfung ab. Zwei Jahre lang widmete er sich nun als Telegraphenbeamter dem hannoverschen Staatsdienst, um sich dann auf der philosophisch-theologischen Lehranstalt zu Hildesheim für den geistlichen Stand vorzubereiten. Am 28. August 1862 durfte er in seiner Vaterstadt Primiz feiern. Als Schulvikar an dem Waisenhause in Henneckenrode und dann als Kaplan in Delfurth erregte er die Aufmerksamkeit der bischöflichen Behörde in Hildesheim, die ihm 1865 unter Verleihung eines Lektorates am Dom als Hilfsarbeiter des bischöflichen Generalvikariats berief und ihn 1868 zum General-Vikariats-Assessor ernannte. 1870 zeichnete ihn Papst Pius IX. durch Ernennung zum Apostolischen Notar aus. 1871, erst 34 Jahre alt, wurde er Domkapitular und Generalvikar. Am 15. November 1881 ernannte ihn Papst Leo XIII. mit Zustimmung des Kaisers und des Großherzogs von Sachsen-Weimar zum Bischof von Fulda, dessen Bischofsstuhl seit dem 14. Oktober 1873 verwaist war. In dieser Stellung erwarb er sich das Vertrauen der Regierung, so daß ihn Kaiser Wilhelm am 11. Juni 1884 zum Mitglied des preußischen Staatsrats ernannte und 1886 aus Allerhöchstem Vertrauen auf Lebenszeit ins Herrenhaus berief. Diese Auszeichnung war ein Dankbeweis Kaiser Wilhelms an Papst Leo XIII. für die in der Karolinen-Angelegenheit bewiesene päpstliche Hilfe. Kopp entwickelte im Herrenhause eine eifrige Tätigkeit für die, die Maigesetze aufhebenden und abändernden sogenannten Friedensgesetze vom 21. Mai 1886 und 30. April 1887. In wirksamer Weise trat der Bischof für die weiteren Zugeständnisse der Krone in den Fragen der Pfarrämter und des staatlichen Einspruchrechtes ein und sah auch manchen Erfolg, wenn auch nur teilweise, auf seiner Seite. Am 29. April 1886 starb der Fürstbischof Herzog in Breslau. Nachdem die Vorschlagsliste des Domkapitels in Breslau von der Regierung abgelehnt worden war, wurde Bischof Kopp auf Vorschlag und im Einverständnis mit der preußischen Regierung vom Papst zum Fürstbischof von Breslau ernannt.

Kaiser Wilhelm, der dem Fürstbischof dieselbe Gunst wie sein Vater und Großvater zuwandte, berief Kopp zu den Konferenzen für die Reform des Unterrichts vom 4. bis 17. Dezember 1890 in Berlin. Kopps Antrag wurde am 15. und 16. Dezember zum Beschluß erhoben; die Religion soll als Gegenstand der Reifeprüfung beibehalten werden und ihre Stelle im Reifezeugnis behalten. Bei der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz, die der Kaiser im Februar 1890 einberufen hatte, wurde Fürstbischof Kopp als Vorsitzender des zweiten Ausschusses für Sonntagsarbeit und als Vorsitzender der Kommission für die Ausführung der Beschlüsse gewählt; er befürwortete warm den Ruhetag in der Woche. Nach seinen Vorschriften wurden für die in polnischen Gemeinden lebenden deutschen Katholiken deutsche Gottesdienste eingeführt. 1893 wurde Fürstbischof Kopp zum Kardinal ernannt, gleichzeitig zum Mitglied der Kongregationen der Propaganda, der Studien, der Abläße und des Konzils. Sein Hauptaugenmerk wandte er dem Gebiet der Jugenderziehung zu, und hier war es der Religionsunterricht der katholischen Kinder in gemischten Schulen, polnischer Religions- und Kommunionsunterricht der polnischen Kinder, der Religionsunterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen, die in dem Kardinal einen eifrigen Verfechter fanden. Im September 1906 verlieh der Kaiser dem Kardinal den Schwarzen Adlerorden. Am 25. Dezember desselben Jahres feierte er unter großer Anteilnahme der gesamten schlesischen Bevölkerung sein 25jähriges Jubelfest als Bischof. Aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Friedrich Wilhelms-Universität in Breslau wurde der Kardinal von der juristischen Fakultät zum Ehrendoktor der Rechte ernannt. Am 10. Oktober 1912 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Breslau ernannt.

Kardinal Kopp war ein Verfechter des doppelten Autoritätsprinzips des Staates und der Kirche. So schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu seinem 75. Geburtstag: „Als hingebungsvoller Diener seiner Kirche und als treuer Patriot hat Fürstbischof Kopp segensreich und vorbildlich gewirkt und in reichem Maße die Anerkennung des Kaisers und Königs wie des Oberhauptes der katholischen Kirche erfahren." Gegen die Polen trat er im November 1906 auf, als er den polnischen Geistlichen seiner Diözese in der polnischen Schulfrage zu agitieren verbot, und setzte sich so in Widerspruch zu dem Erzbischof Stablewski-Posen. In der Ostmarkenpolitik der Regierung verfuchte er überhaupt vermittelnd zu beraten. In der Frage des Modernisteneides nahm er eine abwartende Stellung ein und vertrat im Herrenhause den Standpunkt, der Eid enthalte nichts Neues, sondern nur eine Verpflichtung, die schon bestehe. Weniger klar war die Haltung Kopps in dem innerhalb des Zentrums tobenden Kampfe der sogenannten „Kölner" und „Berliner Richtung", in den er insofern hineingezogen wurde, als ihn die 1909 neugegründete Wochenschrift „Das katholische Deutschland", die die „Berliner Richtung" vertrat, als ihren Beschützer verkündete.

*

Der Nachruf der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet dem verstorbenen Kardinal Fürstbischoff v. Kopp folgenden Nachruf:

„Mit dem Fürstbischof Kardinal von Kopp scheidet eine der bekanntesten Persönlichkeiten aus dem Leben der katholischen Kirche, ja aus dem öffentlichen Leben Deutschlands aus. Einem Elternhause entstammend, das mit Glücksgütern nicht reich gesegnet war, hat sich Fürstbischof von Kopp durch persönliche Tüchtigkeit den Aufstieg zu den höchsten Kirchenwürden gebahnt. Zu den hervorragendsten Charaktereigenschaften des Verstorbenen gehörte die milde Art des Umganges, die den Verkehr mit ihm für seine Glaubensgenossen nicht nur, sondern auch für Andersgläubige in seltener Weise anziehend gestaltete. Umfassende Kenntnisse, ein hohes Verständnis für die Probleme, die an ihn herantraten, und eine einsichtsvolle Erfassung der Umstände, unter denen zu wirken er berufen war, verliehen ihm die Fähigkeit, zwischen den verschiedenen Richtungen des öffentlichen Lebens ebenso wie zwischen Katholischen und Evangelischen sich vermittelnd zu betätigen. So hat er im Laufe seiner langjährigen Wirksamkeit in hohen kirchlichen Aemtern wiederholt Gelegenheit gefunden, das Verhälnis zwischen Staat und Kirche im Sinne der Versöhnlichkeit zu beeinflussen und dem konfessionellen Frieden in Deutschland im allgemeinen und in Schlesien im besonderen zu dienen. Kardinal Fürstbischof v. Kopp war eine vorbildliche Erscheinung auch in der Beziehung, daß er es verstand, Königstreue und Vaterlandsliebe mit der Wahrung der Interessen seiner Kirche zu verbinden. Ein treuer Diener der katholischen Kirche und hingebender Sohn des deutschen Vaterlandes ist mit ihm heimgegangen. Weit über die Kreise seiner Glaubensgenossen hinaus wird daher des Fürstbischofs v. Kopp mit Wärme und Verehrung immerdar gedacht werden."

Deutsches Reich.

Die Geschäftslage des Abgeordnetenhauses.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses trat gestern zu einer Besprechung der Geschäftslage zusammen und einigte sich dahin, die zweite Lesung des Handels- und Gewerbe-Etats zu Ende zu führen, dem dann der Bergetat und der Etat der Eisenbahnverwaltung und der Kultusetat folgen sollen. Zwischendurch sollen der Gesetzentwurf betreffend Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und das Grundteilungsgesetz beraten werden. Der Donnerstag nächster Woche bleibt für Fraktions- und Kommissionssitzungen frei. Am Mittwoch, den 25. d. Mts., einem katholischen Feiertage, fällt die Plenarsitzung ebenfalls aus. Der Beginn der Osterferien ist für das Plenum des Abgeordnetenhauses für den 28. März vorgesehen, indes sollen die Kommissionen möglichst bis zum 2. April ihre Arbeiten fortsetzen.

Ueber den Verrat militärischer Geheimnisse.

In der 19. Kommission des Reichstages (Verrat militärischer Geheimnisse) erklärte der Kriegsminister zu § 9, der Vorwurf, daß die Kritik an der Armee lahmgelegt werden solle, sei unberechtigt. Aufbauende, helfende Kritik solle nicht verhindert werden. Die Presse solle nur vermeiden, das Landesverteidigungsinteresse gefährdende Nachrichten zu verbreiten. Da ein Teil der Presse noch nicht volles Verständnis für die militärischen Forderungen hätte, müsse man für Mittel sorgen, um die Wahrung der Landesverteidigungsinteressen zu erzwingen. Ueber die Form des § 9 werde sich reden lassen. Es sei dringend zu wünschen, daß die Berechtigung des Grundgedankens des § 9 anerkannt werde. Darauf wurde die Weiterberatung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Eine Anregung zu den Besoldungsnovellen im Reich und in Preußen.

Man schreibt uns: Dem Vernehmen nach finden zurzeit Erwägungen statt, um bei der Verabschiedung der Novelle zur Besoldungsordnung eine Lücke auszufüllen, die sowohl das Besoldungsgesetz des Reiches wie Preußens enthält. Wenn nämlich im Lebens- und Dienstalter bereits vorgeschrittene Beamte in gehobene Stellen befördert werden, so bleiben sie auf ihrem seitherigen Gehalt stehen, gleichviel, ob sie schon lange Jahre das Höchstgehalt ihrer früheren Stelle bezogen hatten oder nicht. Normalerweise müßte aber mit solchen ausnahmsweisen Beförderungen auch eine Steigerung im Gehalt verbunden sein. Dies ist aber tatsächlich bei den in Frage kommenden Stellen im Reich und in Preußen nicht der Fall. Wenn man berücksichtigt, daß nur die tüchtigsten Beamten in diese wenigen Oberbeamtenstellen aufrücken, so erscheint es billig, von der früheren Dienstzeit einen Teil auf das neue Besoldungsdienstalter anzurechnen, so daß auch für die spät zur Beförderung gelangenden Beamten der höchste Gehaltssatz in der Regel noch vor Vollendung des 65. Lebensjahres erreichbar ist. Wie verlautet, finden zurzeit Erwägungen statt, bei der Durchberatung der Besoldungsnovellen im Reichstage eine befriedigende Lösung herbeizuführen, der sich auch Preußen anschließen kann. Die Lösung wäre um so leichter, als es sich nur um eine geringe Zahl von Beamten handelt.

Polen und Bund der Landwirte.

Im Anzeigenteile des „Graudenzer Geselligen" veröffentlicht der Vorsitzende des Bundes der Landwirte für den Kreis Strasburg (Westpreußen) folgende Erklärung:

Das „Strasburger Tageblatt" vom 25. Februar d. Js. bringt einen Artikel über die Versammlung des Bundes der Landwirte in Goslershausen, in dem behauptet wird, ich hätte gesagt, bei der nächsten Reichstagswahl würde ich einen Polen wählen. Das ist eine absolute Unwahrheit! Ich habe im Gegenteil ausdrücklich erklärt, ich würde meine Stimme nie einem Polen geben. Richtig ist nur folgendes: Bei der Besprechung nach der Verhandlung fragte mich Herr Weichert vom Bauernbunde, ob für die nächste Reichstagswahl ein Konservativer aufgestellt werden würde. Ich bejahte es. Diese meine Erklärung veranlaßte die anwesenden Mitglieder des Bauernbundes zu heftigen Angriffen. Es fielen die Worte, daß, wenn ein Konservativer aufgestellt werden würde, ein Pole durchkommen würde. In meiner Erregung entschlüpften mir die Worte: „Dann kommt er eben durch". Gleich darauf stellte ich den Sinn dieser Worte richtig und erklärte, daß ich nie einem Polen meine Stimme geben werde. Ich bestätige hiermit nochmals ausdrücklich, um alle Zweifel zu beseitigen, daß ich im Falle einer Stichwahl zwischen Polen und Nationalliberalen unter allen Umständen einem Nationalliberalen meine Stimme geben werde.

Ungültigkeitserklärung der Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Hoesch.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß mit acht gegen sechs Stimmen, die Wahl des Abgeordneten Hoesch (kons.) — 2. Magdeburg-Stendal-Osterburg — für ungiltig zu erklären.

Ueber die Abberufung des Grafen Dohna-Schlobitten.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Die Pariser Pressemeldung, die Abberufung des deutschen Militärbevollmächtigten Grafen Dohna-Schlobitten stehe mit einer deutsch-russischen Verstimmung wegen der Mission des Generals Liman in Verbindung, ist durchaus irrtümlich. Die Abberufung war lange vor der Entsendung Limans in Aussicht genommen. Der Zar hat den Nachfolger des Grafen Dohna bei der Hochzeit des Herzogs zu Braunschweig kennen gelernt.

Kreisdirektor Mahl.

Dem Vernehmen nach hat die Regierung die von der Stadtgemeinde Zabern nachgesuchte Genehmigung zur Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Kreisdirektor Mahl nicht erteilt.

Das wäre schließlich denn doch etwas zu bunt gewesen.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Der Kaiser** verließ gestern um 2½ Uhr die Marineoffizier-Speiseanstalt und kehrte an Bord des Linienschiffes „Deutschland" zurück. Der Kaiser verließ nachmittags 4½ Uhr das Linienschiff „Deutschland" und unternahm eine Automobilfahrt nach Rüstringen zur Besichtigung der von ihm gestifteten Unteroffiziersbaracken. Von dort aus fuhr der Kaiser zur Strandhalle und begab sich zu Fuß nach der dritten Einfahrt, deren Bauten er besichtigte. Sodann kehrte der Kaiser an Bord des Linienschiffes „Deutschland" zurück. Nach der Abendtafel an Bord der „Deutschland" begab sich S. M. der Kaiser im Automobil nach der Offiziersspeiseanstalt, wo er um 8 Uhr einen seekriegsgeschichtlichen Vortrag des Kapitäns z. S. von Mantey hörte.

* **Der Reichskanzler** fuhr gestern bald nach 9½ Uhr zur Hamburger Kunsthalle, wo mit dem Vorsitzenden der Kommission für die Verwaltung der Kunsthalle präsidierendem Bürgermeister Dr. Predöhl und ihrem neuernannten Direktor Professor Pauli noch Bürgermeister von Melle und Graf Kalckreuth anwesend waren. Um 11 Uhr reiste der Reichskanzler vom Hauptbahnhofe mit Sonderzug nach Cuxhaven ab. Nach seiner Ankunft begab er sich in Begleitung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe und seines Adjutanten Oberleutnants v. Sell in Gesellschaft von ungefähr 50 Herren der leitenden Hamburger Schiffahrts- und Handelskreise nach Cuxhaven zur Besichtigung des zum dritten Male an dem neuerbauten Hafenkopf liegenden „Imperator". Der Reichskanzler nahm das Schiff in allen seinen Teilen in Augenschein und sprach seine höchste Bewunderung für dieses unvergleichliche Werk deutscher Schiffbaukunst und deutschen Unternehmungsgeistes aus. Abends 6 Uhr trat der Reichskanzler die Rückreise nach Berlin an.

* **Der kaiserliche Vertreter beim Leichenbegängnis für Kardinal Kopp.** Der Kaiser hat mit seiner Vertretung bei der Beisetzung des Kardinal-Fürstbischofs von Kopp den Fürsten zu Hatzfeld, Herzog von Trachenberg, beauftragt. Die Abendblätter in Rom, die sonst vom Hinscheiden geistlicher Würdenträger nur kurz Notiz zu nehmen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403052-18/fragment/page=0001

pflegen, widmen Kardinal von Kopp ausführliche Nachrufe und weisen darauf hin, daß mit ihm der letzte deutsche Kardinal gestorben sei. Sie würdigen ferner die Stellung, die Kardinal von Kopp im Kulturkampf sowie den innerkirchlichen Kämpfen, besonders in der letzten Zeit, eingenommen habe.

* **Veränderung in der Generalinspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens?** Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, ist der Generalinspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, General der Infanterie v. Haugwitz, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt worden. An seine Stelle ist der Vorsitzende der Obermilitär-Prüfungskommission, Generalleutnant von Oertzen, getreten unter Belassung des Ranges eines Generals à la suite des Kaisers.

* **Die Entschädigungsklagen gegen den Militärfiskus in Zabern.** Von den 27 bei der Zivilkammer des Landgerichts gegen den Militärfiskus anhängig gemachten Entschädigungsklagen wird der größere Teil am 10. März zur Verhandlung kommen, nachdem der Vertreter des beklagten Militärfiskus, Geheimer Justizrat Wündisch, bei dem verlagten ersten Termin die Vereinigung der verschiedenen anhängigen Klagen beantragt hatte. Ein Teil der Kläger ist vom Militärfiskus mit einer Entschädigung von je 50 Mk. abgefunden worden, andere haben die Annahme mit der Begründung, an ihrer Gesundheit geschädigt worden zu sein, abgelehnt.

* **Aus dem elsaß-lothringischen Landtag.** In der Nachmittagssitzung der Zweiten Reichsländischen Kammer erklärte Staatssekretär Graf Roedern bezüglich der Verhältnisse im Straßburger Bundesgefängnis, der Appell an die Regierung sei nicht vergebens, sie werde den vorgebrachten Beschwerden besondere Aufmerksamkeit schenken. An der Frage solle die Besserung nicht scheitern. Der Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift betreffend ein Programm für die Gefängnisbauten wurde einstimmig angenommen. Im Verlaufe der Etatsberatung wies der Abg. Dr. Didio (Ztr.) in entschiedener Weise die von gewissen Seiten erhobenen Angriffe gegen die Oberlehrer zurück; es sei nicht der geringste Grund vorhanden, ihre nationale Zuverlässigkeit in Zweifel zu ziehen. Nachdem noch mehrere Redner über die Schulfrage gesprochen hatten, beantragte der Abgeordnete Boehle im Interesse der Stenographen Vertagung. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Vertagungsantrag gegen 6½ Uhr abgelehnt. Darauf verließen die Pressevertreter in corpore den Saal, was die Abgeordneten Peirotes und Dr. Müller (Ztr.) bestimmte, auf das Wort zu verzichten.

* **In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** erklärte u. a. die Regierung bei Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung: Ob Mehrerträge des Wehrbeitrages und für Preußen Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer sich ergeben würden, sei ungewiß. Der Finanzminister sagte in dieser Beziehung noch, daß die Mitteilungen über den Erfolg des Generalpardons sich in allen Fällen als unrichtig ergeben hätten.

Der Berichterstatter beantragte zum Schluß seines Referats folgende Resolution:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, das Abkommen betr. die Trennung der Eisenbahnfinanzen und der allgemeinen Staatsfinanzen, wie es durch Vermerk zu Kap. 33a Tit. 2 der dauernden Ausgaben und Kap. 9 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben bis zum Jahre 1914 festgelegt ist, um zwei Jahre, einbegreifend die Etatsaufstellung für das Jahr 1916, zu verlängern."

Ueber diese Resolution wird erst abgestimmt werden nach Erledigung des Ordinariums, damit die einzelnen Fraktionen inzwischen Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

* **Zum Wohnungsgesetz.** Die elfte Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Entwurfs eines Wohnungsgesetzes hat heute folgenden Antrag angenommen: Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, durch eine Deklaration zum Gesetz betreffend die Gründung von Ansiedlungen vom 10. August 1904 festzustellen, daß die von der Polizeibehörde widerruflich gestattete Errichtung kleiner Sommerhäuschen (Lauben) auf Gartengrundstücken, sofern sie in der Hauptsache als Unterkunft bei Tage dienen, nur gelegentlich und vorübergehend von dem Eigentümer oder seinen Familienangehörigen zur Uebernachtung benutzt werden dürfen, nicht als Errichtung eines Wohnhauses anzusehen ist.

* **Der Vatikan und die Gewerkschaften.** Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Anfangs Januar ist, wie verlautet, an den gesamten Episkopat Deutschlands ein Rundschreiben der Kurie ergangen, das sich mit der Gewerkschafts-Enzyklika beschäftigt.

Auf der Fahrt ins neue Vaterland.

Der Fürst und die Fürstin von Albanien haben gestern mit ihrem Hofstaat Schloß Waldenburg verlassen, um die Reise nach Albanien über München, Salzburg, Triest anzutreten. Auf dem Bahnhof hatten sich die Schloßbeamten zur Verabschiedung eingefunden. Die Fürstlich Schönburgischen Herrschaften geleiteten den Fürsten und die Fürstin bis Glauchau, wo der Salonwagen in den von Dresden kommenden D-Zug Nr. 110 einrangiert wurde. Um 1 Uhr 25 Min. erfolgte die planmäßige Weiterfahrt.

Das Bild der Stadt Durazzo ist seit Sonntag ganz verändert. Ueberall sieht man Flaggenschmuck. Im Hafen wurden Triumphbogen errichtet. In den Straßen wogt eine freudig erregte Menschenmenge. Albanische Deputationen aus Egypten, Rumänien und Rußland sind bereits eingetroffen. Täglich kommen Albanier aus Amerika an. Die vorgestern eingetroffene Meldung von der Räumung Koritzas seitens der griechischen Truppen rief in Durazzo freudige Kundgebungen für Oesterreich und Italien hervor.

*

Deutsche Instruktionsoffiziere für Albanien. Fürst Wilhelm von Albanien hat, wie ein Berliner Blatt erfährt, an den Kaiser die Bitte gerichtet, deutsche Instruktionsoffiziere nach dem neuen Staate zu entsenden. Diesem Wunsche ist Kaiser Wilhelm nachgekommen und eine Anzahl Offiziere werden jetzt beurlaubt werden, um als Lehrer in der zu bildenden albanischen Armee zu wirken.

Das autonome „Nord-Epirus".

Montag früh räumten die griechischen Truppen Santi Quaranta und fuhren nach Prevesa. Die orthodoxe Bevölkerung begleitete das Militär. Als der letzte Soldat den Boden Albaniens verlassen hatte, wurde von den Führern der Menge die Autonomie der von den griechischen Truppen geräumten Gebiete unter dem Namen Nord-Epirus proklamiert. Sodann bildeten die Führer eine provisorische Regierung. Als Wappen der autonomen Gebiete wurde ein großes weißes Kreuz in blauem Felde mit einem schwarzen Adler in der Mitte aufgestellt. Bei einem darauf abgehaltenen großen Umzuge wurden Hochrufe auf Griechenland und die Autonomie von Nord-Epirus ausgebracht.

Spionage in Albanien.

Dieser Tage wurden in Alessio zwei Serben verhaftet, die Bomben und Dynamit bei sich hatten. Die Verhafteten sollen serbische Offiziere sein. Man legt den Vorfall so aus, daß die beiden den Auftrag hätten, in Albanien Spionagedienste zu versehen und bei einer sich ergebenden Gelegenheit die oppositionellen Elemente aufzuwiegeln und ihnen Sprengstoffe zu geben.

Ausland.

Amerika, England und die jüngsten Ereignisse in Mexiko.

Wilson hatte in Washington eine Zusammenkunft mit dem englischen Botschafter Spring Rice und dem englischen Gesandten in Mexiko Carden und gab dabei seiner Zustimmung zu Greys Erklärung Ausdruck. Die Begegnung Wilsons mit Carden war sehr herzlich. Dem Festmahl, das zu Ehren Cardens auf der englischen Botschaft gegeben wurde, wohnte auch Staatssekretär Bryan bei. Wilson und Spring Rice besprachen am Abend wiederum die Ereignisse in Mexiko.

Ein Konflikt zwischen japanischem Oberhaus und Unterhaus bevorstehend.

Das Oberhaus beschloß als Protest gegen die Mißbräuche in der Flotte den vom Unterhause um 30 Millionen verringerten Kredit für den Bau von Schiffen um 67 Millionen zu kürzen. Das Unterhaus widersetzt sich dieser Abänderung, weil dies für das Oberhaus als Präzedenzfall dienen könne, um an dem vom Unterhause angenommenen Staatsbudget in Zukunft Abänderungen vorzunehmen. Ein Konflikt zwischen beiden Häusern ist unvermeidlich.

Die Türkei in ihren Rechten beeinträchtigt.

Da die griechische Regierung angekündigt hatte, daß sie die Einkünfte aus den Steuern und Zöllen aus Saloniki und Cavalla für die fünfhundert Millionen-Anleihe bestimme, so beraten die türkischen Mitglieder der Finanzkommission in Paris heute über die so geschaffene Lage. Denn diese Einkünfte waren schon für verschiedene andere Anleihen, die vorher von der Türkei aufgenommen waren, bestimmt. Infolge dieser Beratung telegraphierte der Finanzminister an Dschavid Bei nach Paris und erhob formell Einspruch gegen eine Bestimmung dieser Einkünfte, die den Rechten der Bondholders und der Türkei zuwiderlaufe, die unangetastet bleiben müßten bis zur endgültigen Regelung der Anteilsfrage an der türkischen Staatsschuld. Der Finanzminister beauftragte Dschavid Bei, die französische Regierung um die Wahrung der Rechte der Bondholders zu bitten, die grundsätzlich durch die Kommission bestätigt worden seien.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Konservative Versammlung in Wernigerode.

Die Versammlung des konservativen Vereins in Knaufs Hotel fand vor einem überfüllten Saale statt. Der Vorsitzende Herr Amtmann Bukow brachte denn auch in seiner Eröffnungsansprache die Freude und Genugtuung des Vereins über den so außerordentlich zahlreichen Besuch zum Ausdruck. Nach der Begrüßung erstattete Herr Badendieck kurz den Kassenbericht und erhielt Decharge, worauf ihm der Herr Vorsitzende den Dank des Vereins für seine mühevolle Tätigkeit aussprach. Mit Worten des Bedauerns teilte darauf Herr Amtmann Bukow mit, daß der als Redner des Tages vorgesehene Herr Amtsrichter Beinert infolge Krankheit hätte absagen müssen. — Hiernach gab dann Herr Bukow ebenso kurz wie inhaltsreich einen Ueberblick über die markantesten innerpolitischen Ereignisse des Jahres 1913. Er bereitete damit geschickt die späteren Reden vor und rief den Hörern die einzelnen Hauptmomente der konservativen Politik in der jüngsten Vergangenheit ins Gedächtnis zurück. Er schloß mit dem Kaiserhoch. Der folgende Redner Herr Rentier Badendieck gab in längerer Rede interessante persönliche Erinnerungen an die Person des Altreichskanzlers sowie an die Politik und die Konstellation der Parteien in der bismärckischen Epoche. Er schilderte treffend die Entwicklung, die die einzelnen Parteien seither durchgemacht haben. Anschließend hieran erteilte der Herr Vorsitzende das Wort Herrn Oberlehrer Reingardt-Calbe a. S., der in dankenswerter Weise in letzter Stunde für Amtsrichter Beinert eingesprungen war. Der außerordentlich interessante Vortrag wandte sich gleichfalls zunächst den einzelnen Parteien zu, deren Politik er mit treffenden Worten charakterisierte. Den Hauptteil seiner Rede widmete Herr Reingardt der Sozialdemokratie und dem Kampf gegen dieselbe. Er knüpfte dabei an das bekannte Wort eines berühmten Kathedersozialisten an, daß man „die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen bekämpfen müsse". An der Hand eines reichen Materials wies er auf das Unsinnige, ja Unmögliche solcher Kampfesweise hin, um mit einem zündenden Appell an die staatserhaltenden Elemente zu schließen. Der Redner hatte mit seinem kraftvollen Temperament und mit seinem Witz die Erschienenen während seines freigehaltenen Vortrages wiederholt zu spontanem Beifall hingerissen. Langanhaltender Beifall nach Schluß seiner Rede bewies dem Redner, wie sehr sein Vortrag in der ganzen Versammlung gewirkt und gezündet hatte. In warmen Worten beglückwünschte dann dankte der Herr Vorsitzende dem Redner. Nach einer kurzen Pause sprach Herr Baron v. Gustedt-Berßel über die Stellung der einzelnen Parteien zu der Frage der Kompetenzerweiterung der Volksvertretung auf Kosten der Krone. Die konservative Partei ist selbstverständlich gegen die Einschränkung der kaiserlichen Machtbefugnisse. Redner hofft, daß auch die nationalliberale Partei sich auf ihr altes von Bennigsen aufgestelltes Programm besinnen und in dieser Frage Hand in Hand mit den Konservativen gehen wird. Nachdem er kurz das Märchen vom schwarz-blauen Block und den Sturz des Fürsten Bülow gestreift hatte, sprach Herr von Gustedt eingehend über die innere Kolonisation. Gerade als Landbund war der Redner in der Lage, dem Begriff der inneren Kolonisation, die von den Liberalen so gern und so oft nur als Schlagwort gebraucht wird, klar zu stellen und beachtenswerte Vorschläge zu machen. Der Vorsitzende Herr Bukow schloß mit Dankesworten die Versammlung.

*

† **Mörl**, 2. März. (Schulsparkasse.) Die seit Mai im vorigen Jahre bestehende Spareinrichtung hat sich in kurzer Zeit vortrefflich bewährt und wird auch von den Bewohnern sehr gelobt. Am 1. Januar d. J. hatten 52 Sparer ein Kapital von 1014,85 Mk. zu verzeichnen.

△ **Stendal**, 4. März. (Bismarckmuseum.) Zu Bismarcks 100. Geburtstag 1915 richtet die Stadt ein Bismarckmuseum ein.

= **Leipzig**, 4. März. (Mordanschlag auf die eigene Ehefrau.) Der Bäcker Adolf Schindler schoß auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau sechs Revolverschüsse ab, von denen mehrere die Frau in Hals und Rücken trafen und sie nicht ungefährlich verletzten. Der Täter wurde in Haft genommen.

Vermischtes.

Eine schwere Patronenexplosion.

Bei der Firma Franz Schwalbe in Hamburg ereignete sich gestern nachmittag eine folgenschwere Patronenexplosion. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Mann tot und fünf schwer verletzt. Eine Person wird vermißt. Man befürchtet, daß sie ins Wasser geschleudert wurde und ertrunken ist. An der Unfallstelle befinden sich vier Züge der Hamburger Feuerwehr. Ein Brand ist nicht ausgebrochen.

Die Explosion in der Alteisenhandlung Franz Schwalbe erfolgte beim Umladen von 650 000 französischen Metallpatronen von Schneider-Creuzot, die in einem Schuppen lagerten. Der Schuppen stürzte ein und bildet einen Trümmerhaufen. Die Scheiben der Straßenlaternen in der Umgebung des Schuppens sind infolge des Luftdrucks zertrümmert worden.

*

Der älteste deutsche Korpsstudent,

der Geh. Sanitätsrat Dr. Barkow ist gestern in seiner Berliner Wohnung, Uhlandstraße 83, im Alter von 86 Jahren gestorben. Bei den alljährlichen Kommersen der alten Korpsstudenten in Berlin war Geheimrat Barkow schon seit Jahren das älteste Semester; er zählte 187 Semester.

Auf den Putilowwerken sind heute 15 000 Arbeiter in den Ausstand getreten, um dadurch gegen die Vorschrift zu protestieren, den heutigen Gedenktag der Befreiung der Bauern nicht zu feiern. In der Schrappnellröhrenfabrik wurde heute früh der Chef der Werkstätten, Gardehauptmann von Stahl, hinterrücks von einem Meister überfallen und durch zwei Schläge mit einer Eisenstange auf den Kopf getötet. Der Mörder flüchtete und warf sich in eine elektrische Maschine, von der er zermalmt wurde. Es handelt sich um einen persönlichen Racheakt.

Zum Fiumer Bombenanschlag. Der verhaftete Urheber des Bombenanschlages ist der 25jährige Maurer Arduino Bellelli aus Ancone, welcher hier als Anarchist bekannt war. Er hatte sich als abreisend abgemeldet, hielt sich aber hier versteckt.

Spionageangelegenheit Gould. Die Londoner Verhandlung gegen das unter dem Verdacht der Spionage verhaftete Ehepaar Gould wurde gestern wieder aufgenommen. Der Ankläger erklärte, daß man Dokumente gefunden habe, in denen der Verhaftete als Frederick Adolphus Gould Schroder bezeichnet werde. Der Verhaftete selbst habe erklärt, daß er 1854 in Deutschland geboren sei. Er sei 1858 nach England gekommen und 1868 nach Deutschland zurückgekehrt.

Mord an einer Witwe. Im Hause Kreselder Straße 20 in Berlin wurde die Witwe Netsch in einer Blutlache mit Würgemalen aufgefunden. Es liegt anscheinend Mord vor.

Kunst und Wissenschaft.

108. Philharmonisches Konzert.

Das letzte philharmonische Konzert dieses Winters hatte ein durch und durch klassisches Programm, es brachte Werke von Händel, Joh. Seb. Bach, Schubert, Brahms und Beethoven. Händel kam mit einem seiner Concerti grossi und zwar mit dem C-dur zu Wort. Wir haben hier ein Stück vornehmer leichtverständlicher Gesellschaftsmusik vor uns, wie sie sich im 18. Jahrhundert besonders in England großer Beliebtheit erfreute. Einfache melodische Führung, scharfe Rhythmik und eine kernige gesunde Harmonik sind ihre hauptsächlichen Merkmale. Gerade in der Betonung von Gegensätzlichem ist Händel unerreichter Meister. In dem Concerto grosso in C-dur haben wir zuerst ein lebensfrohes Allegro vor uns, das in den beiden konzertierenden Violinen und in dem Solocello zum zärtlichen Liebesgeflüster wird. Gemessenheit und Feierlichkeit bringt der fast religiös gehaltene langsame Satz, während die Fröhlichkeit des Rokokozeitalters in dem letzten Satz, bei dem wohl dem Tondichter eine anmutige Schäferszene vorgeschwebt haben mag, siegreich durchbricht. Die Darbietung des Konzerts durch die Windersteiner zeigte durchaus Stilgefühl und Sinn für feine Klangwirkungen. Noch richtiger hätte man gehandelt, wären in der Aufstellung das Concertino und das Gesamtorchester noch mehr voneinander getrennt worden.

Die H-moll-Sinfonie Franz Schuberts, die „Unvollendete", wie sie schlechthin heißt, erlebte in beiden Sätzen eine hervorragende Wiedergabe. Daß Schubert durchaus das Zeug zum Dramatiker hatte, bekundet der zweite Teil des ersten Satzes mit seinem plötzlichen Abbruch der frohgemuten Stimmung, seinen heftigen Orchesterschlägen und dem Bilde seelischer Zerrissenheit, das sich in den aufwärtsstürmenden Gängen der Streichinstrumente vor uns auftut. Hatten im ersten Satze die Streicher, besonders die Celli, Gelegenheit sich hervorzutun, so taten es ihnen im zweiten Satze, über dem eine idyllische Stimmung liegt, die Holzbläser gleich, besonders Klarinette und Fagott. Das ganze Werk war in einen Wohllaut getaucht, daß man diese treffliche Leistung der Windersteiner nicht so bald vergessen wird. Mit der Leonorenouvertüre Nr. 3 von Beethoven gab das Orchester dem Konzert einen überaus schwungvollen Abschluß.

Als Solist des Abends wirkte der berühmte Geigenvirtuose Herr Havemann. Er bewies in der Bachschen vierstimmigen Chaconne in D-moll seine bewundernswerte technische Meisterschaft, in dem Brahmsschen Violinkonzert in D-dur gelang ihm der zweite Satz, das phantastische Spiel mit den einzelnen Stückchen des Hauptthemas, am besten, und ferner wußte er für den dritten rondoartigen Satz Schwung und Leidenschaft einzusetzen.

Die besten Wünsche der Halleschen Musikfreunde begleiten das Windersteinorchester in das neue Konzertjahr. Hoffen wir, daß sich wieder genügend Interessenten dafür im nächsten Jahre finden, denn mir möchten solche künstlerischen Darbietungen, wie sie das Orchester wieder im verflossenen Jahre hier geboten hat, in unserem Kunstleben nicht missen.

Dr. W. P.

Beim III. großen Leipziger Bachfest (4.—6. Juni) werden in dem ersten Chorkonzert vier selten aufgeführte Kantaten des großen Thomaskantors aufgeführt werden. Den Chorteil übernimmt der Veranstalter des Festes, der Bach-Verein in Leipzig.

Jubiläum. Am 3. März waren 125 Jahre verflossen, seit der Grund zur Hofdruckerei und zur Hofbuchhandlung von Ernst Siegfried Mittler u. Sohn gelegt wurde. Am 3. März 1789 eröffnete Johann Friedrich Wilhelm Dieterici in Berlin eine Buchdruckerei. Seine einzige Tochter heiratete 1817 Ernst Siegfried Mittler. 1828 übernahm dieser das Geschäft. Nach dem Tode des einzigen Sohnes trat der älteste Enkel Theodor Toeche-Mittler in den Verlag ein. Ihm folgte Dr. Konrad Toeche-Mittler, der heutige Inhaber.

Ein neues Einspritzungsmittel gegen Tuberkulose.

In einer Sitzung des Frankfurter Aerztevereins hat Geheimrat Professor Spieß zum ersten Male öffentlich Kenntnis gegeben von einem von ihm entdeckten neuen Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose beim Menschen, einer Gold-Kantharidin-Verbindung, die durch Einspritzung in Venen in die Blutbahn eingeführt wird und eine Berufstätigkeit des Kranken nicht ausschließt. Trotz ermutigender Erfolge während der zweijährigen Erprobung, besonders bei Kehlkopftuberkulose, sind, das betonte der Vortragende, zur völligen Erprobung des Mittels noch Versuche in größerem Umfange erforderlich.

Habilitation. Die venia legendi für Chirurgie und Orthopädie wurde in der Greifswalder medizinischen Fakultät dem Assistenzarzt an der chirurgischen Klinik Dr. Friedrich Adolf Hesse erteilt.

Berlin. Oberstabsarzt Kuhn, bekannt aus dem Südwestafrikakriege, will aus dem Kolonialdienste scheiden und als Privatdozent nach Straßburg gehen.

Göttingen. Mit Ablauf des Wintersemesters legt einer der angesehensten deutschen Nationalökonomen Professor Lexis sein Lehramt nieder.

Posen. Als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Bibliothekars Dr. Franz Guntram Schultheiß ist Dr. phil. Wilh. Nidel, Assistent an der Königlichen Bibliothek in Berlin, zum Bibliothekar an der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen ernannt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403052-18/fragment/page=0002

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 5. März.

Der Innungsausschuß hielt gestern, Dienstag, im „Schulheiß", Poststraße, eine Versammlung ab. Die Gesellenstücksausstellung findet vom 4. bis 6. April in der Martinschule in der Gloltenstraße statt. Die Kgl. Regierung stiftet für Prämien 400 Mk., außerdem die Handwerkskammer und der Innungsausschuß noch zu bewilligende Beträge. Der Haushaltplan für 1914 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 1670,50 Mk. festgesetzt. — In den Vorstand wurden wiedergewählt die Herren: Klempnerobermeister Grecke (Vorsitzender), Maurermeister Pfeiffer (Stellvertreter), Stellmacherobermeister Jänicke (Schriftführer), Sattlermeister Hofschmidt (Stellvertreter), Schmiedeobermeister Schatz (Kassierer) und Schuhmacherobermeister Arndt (Stellvertreter). Außerdem hat jede der Innungen einen Vertreter in den erweiterten Vorstand zu entsenden. Ueber die in der letzten Sitzung der Handwerkskammer beschlossenen Verdingungsstelle, die jetzt eingerichtet werden soll, berichtete Herr Handwerkskammersekretär Voigt. Die Verdingungsstelle will mit den Innungen, deren Mitglieder sich um Lieferungen für staatliche und städtische Behörden beteiligen, in Verbindung treten dergestalt, daß jede dieser Innungen drei sachverständige Mitglieder in die Fachausschüsse entsendet, in denen genaue Preisberechnungen aufgestellt und die Selbstkosten festgelegt werden. Den Submittenten bleibt es dann überlassen ihren Verdienst durch Aufschlag selbst zu bestimmen. Unter dem Selbstkostenpreise soll niemand den Zuschlag erhalten. Dadurch soll den großen Unterbietungen in der Folgezeit ein Riegel vorgeschoben werden. Die Kammer Halle will an die Spitze der Verdingungsstelle einen Angestellten sehen, der im Bauwesen bescheid weiß, da doch die Ausschreibungen sich meist in diesem Fache bewegen. Man erwartet auch vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe eine Staatsbeihilfe. — In der Aussprache wurde angefragt, was denn wohl aus den Eingaben des Innungsausschusses und der hiesigen kommunalen Vereine an die städtischen Behörden betreffend die Regelung des Verdingungswesens in städtischen Betrieben geworden sei? Das Stadtverordnetenkollegium hat sich dafür entschieden und das Weitere befürwortend dem Magistrat anheimgegeben. Dieser hat sich bis heute noch nicht dazu geäußert. — Die Maßnahmen des Herrn Stadtbaurat Jost bezüglich der Heranziehung der Innungen zur Festsetzung von Normalpreisen bei städtischen Unterhaltungsarbeiten haben im Handwerk angenehm berührt. Damit keiner zu kurz kommt, soll die Stadt in eine größere Anzahl Bezirke geteilt werden. Die in denselben wohnenden Handwerksmeister, die sich an Verdingungen beteiligen, werden dann um Abgabe von Geboten bei Lieferungen für die in den betr. Bezirken liegenden städtischen Betriebe ersucht und abwechselnd berücksichtigt. — Die Tagesordnung der Vollversammlung der Handwerkskammer wurde kurz durchgegangen und namentlich auf den Punkt: „Luberkulose im Mittelstand" hingewiesen. — Von einer Seite wurde angeregt, in dieser Versammlung doch mal die Sache mit dem städtischen Schlachtviehhofe hier zur Sprache zu bringen und zwar dahingehend, ob es geraten ist, die Amortisation des Anlagekapitals noch weiter zu betreiben, da der gesetzlichen Vorschrift hierin bereits voll und ganz Genüge geschehen ist. Der Betrag hierfür könnte doch ebenfogut den Interessenten, also den Schlächtern durch Herabminderung der Abgaben zugute kommen. Ein erwerbendes Institut braucht ein Schlachtviehhof gerade nicht zu sein, es genügt, wenn sich dieser selbst erhält. — Hingewiesen wurde auf die nächstjährige Handwerksausstellung in Dresden, bezügliche Prospekte werden verteilt. — Mit der Absicht, in diesem Sommer ein gemeinsames Fest aller Innungen zu begehen, war man einverstanden.

— **Feuer.** Gestern abend gegen 6 Uhr entstand in der Niederlage eines Papiergeschäftes Schmeerstraße Nr. 15 ein Brand, der durch das schnelle Erscheinen der Feuerwehr im Keime erstickt werden konnte. Die Feuerwehr rückte nach kurzer Tätigkeit ab.

Letzte Telegramme.

Folgen der russischen Kriegsgerüchte.

Petersburg, 5. März. Das Organ des Finanzministeriums erklärt in seiner Ausgabe vom heutigen Tage: Die „Köln. Ztg." hat am 3. d. Mts. eine Nachricht über angebliche Kriegsvorbereitungen Rußlands an der Westgrenze veröffentlicht. Am Abend desselben Tages hat diese Nachricht eine ziemlich lebhafte Erregung an der Pariser Börse hervorgerufen, die sich in den Kursen der an dieser Börse gehandelten russischen Werte wiederspiegelt. Diese Unruhe hat sich gestern der Petersburger Börse mitgeteilt, die unter der Einwirkung der erwähnten Nachricht äußerste Bestürzung zeigte, welche durch Maßnahmen von Baissespekulanten noch gesteigert wurde. Wir sind in der Lage, formell zu erklären, daß die Nachricht der „Kölnischen Zeitung" jeder Begründung entbehrt.

Ueberall höhere Steuererträge.

Berlin, 5. März. Wie der „Lokalanz." aus Ahlefeld (Leine) erfährt, hat sich der Steuerertrag des dortigen Kreises um etwa 3½ Millionen erhöht. Auch in Liegnitz sind nach derselben Quelle infolge des Generalbardons 11 Millionen Mark mehr veranlagt worden als früher.

Gegen Salvarsan.

Berlin, 5. März. In der Medizinischen Gesellschaft, die gestern abend Stellung im Kampfe um das Salvarsan nahm, vertrat Wechselmann den Standpunkt, daß die verhängnisvolle Wirkung des Salvarsan der Kombination mit dem Quecksilber zuzuschreiben sei, das den Körper gegen das Salvarsan empfindlich mache.

Zu den Frauenmorden am Teufelssee.

Berlin, 5. März. Wie dem „B. T." mitgeteilt wird, ist gestern in einer Ortschaft an der Görlitzer Bahn ein Mann unter dem Verdacht, der Mörder der beiden am Teufelssee erschlagenen Frauen zu sein, verhaftet worden. Es paßt auf ihn die Beschreibung, die die beiden Kinder von dem Manne gegeben haben, den sie am Tage der Tat am Teufelssee gesehen haben. — Auf dem Friedhofe in Nowawes wurden gestern nachmittag die beiden Opfer der Bluttat am Teufelssee unter großem Zudrang der Bevölkerung bestattet.

Das Berliner Sechstagerennen.

Berlin, 5. März. Das Sechstagerennen hat in der vergangenen Nacht um 12 Uhr seinen Anfang genommen. In der ersten Stunde wurden der „Voss. Ztg." zufolge 41,974 Kilometer zurückgelegt.

*

(Wiederholt.)

Der Kaiser in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 4. März. Der Kaiser traf gegen 10 Uhr mit dem Hofzuge auf der Werft ein, nahm die Meldung des Prinzen Heinrich von Preußen, des Großadmirals v. Tirpitz und der anderen zum Empfang erschienenen hohen Offiziere entgegen und fuhr in einem Boot an Bord des Linienschiffes „Deutschland", wo er Wohnung nimmt.

Wilhelmshaven, 4. März. Der Kaiser verließ kurz vor 12 Uhr das Linienschiff „Deutschland" und fuhr im Auto nach dem Exerzierhause der 2. Matrosendivision, wo die Vereidigung der im Januar eingestellten Rekruten stattfand. Der Kaiser schritt die Front ab und nahm gegenüber dem Feldaltar Aufstellung. Geistliche beider Konfessionen hielten Ansprachen, worauf die Vereidigung vorgenommen wurde. Nach Schluß der Feier fuhr der Kaiser nach der Marine-Offiziers-Speiseanstalt, wo er das Frühstück einnahm.

Zum Tode des Kardinals Kopp.

Breslau, 4. März. Die „Schles. Volksztg." meldet: Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kardinal Kopp werden im Hohen Dom stattfinden. Am 10. März vormittags 10 Uhr wird Erzbischof Hartmann-Köln die Beisetzung vornehmen.

Untersuchung des Falles Benton.

Nogales, 4. März. General Carranza hat eine dreigliedrige Kommission zur Untersuchung des Falles Benton ernannt. Es wird erklärt, daß die Kommission bereits nach Juarez unterwegs sei.

Börsen- und Handelsteil.

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 23. Februar bis 2. März wird der „Börsen-Ztg." aus Magdeburg folgendes geschrieben: Der Verkehr am Fabrikzuckermarkte war neuerdings schleppend. Die Fabriken kamen mit mäßig starkem Angebot an den Markt. Die Raffinerien forderten meistens Zugeständnisse in der Lieferung und Bezahlung, was von den Fabriken bewilligt wurde. Unter diesen Umständen erzielten beste Zucker bis 9,20 ℳ ohne Sack die 50 Kilogr. frei hier besonders um Wochenmitte. Das Geschäft in Oktober-November-Lieferung war in der ersten Wochenhälfte wenig umfangreich. Zucker ab hiesigen, halbesehen, hannover-braunschweigischen Stationen erzielten je nach Frachtlage 9,22½ bis 9,17½ ℳ ohne Sack, 88 Proz. Rendement, die 50 Kilogr., ab Stationen. In Nachergezeugnissen waren das Angebot zwar regelmäßig, aber der Jahreszeit entsprechend klein. Der Verlauf des heutigen Marktes war ruhig, die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker Grundlage 88 Proz. Rend. 8,35—8,97½ ℳ. Nacherzeugnisse Grundlage 75 Proz. Rend. 6,95—7,05 ℳ beides ohne Sack die 50 Kilogr., ab Stationen. Der heutige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 296 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an. Sonst meldeten Hamburg 112 000 Ztr. (erste und zweite Hand), Braunschweig 103 000, Halle 110 000, Danzig 65 000, Stettin 35 000 und Breslau 172 000 Ztr. Raffinade: In dieser Woche hat die Versammlung der Raffinerien in Berlin stattgefunden, aber wiederum kein endgültiges Ergebnis für den Zusammenschluß gebracht. Eine neue Versammlung ist auf den 14. März anberaumt. In den verantwortlichen Kreisen soll man sich mit der Absicht tragen, die noch widerstrebenden Raffinerien außerhalb des Ringes zu lassen; die Weißzuckerfabriken sollen dagegen an der Vereinigung teilnehmen. Diese Absicht würde neue Schwierigkeiten bringen und längere Verhandlungen nötig machen. In Granulated fanden verschiedentlich Abschlüsse mit England in ready und auch in Märzlieferung zu 11 sh. 3 d. bis 11 sh. 2½ d. weniger ½ Proz. fob Hamburg statt. Am Terminmarkte war eine gute Stütze die Knappheit von Februarzucker, zumal noch frühere Abgaben zu decken waren, unter anderen seitens des bekannten überseeischen Spekulanten in Paris, der aber gleichzeitig seine neuen Abgaben auf spätere Sichten vornahm. Der Verlauf des heutigen Marktes war wiederum ruhig, die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker 88 Proz. Rendement, die 50 Kilogr., fob Hamburg: März 9,25 ℳ Gd. 9,27½ ℳ Br., April 9,30 ℳ Gd. 9,33 ℳ Brief, Mai 9,42½ ℳ Gd. 9,45 ℳ Br., Juni 9,50 ℳ Gd. 9,52½ Mark Br., Juli 9,57½ ℳ Gd. 9,60 ℳ Br., August 9,65 ℳ Gd. 9,67½ ℳ Br., September 9,67½ ℳ Gd. 9,72½ ℳ Br., Oktober-Dezember 9,60 ℳ Gd. 9,62½ ℳ Br., Januar-März 9,75 ℳ Gd. 9,77½ ℳ Br. Der Hamburger Gesamtlager hat 18 700 Doppel-Zentner zugenommen (7800 D.-Z. 1913 und 8700 D.-Z. 1912). Das wirklich feste Lager hat sich um 8600 D.-Z. vermindert gegen 7800 D.-Z. Zunahme 1913 und 22 700 D.-Z. Zunahme 1912. Angekommen sind 103 900 D.-Z. deutsche und 5300 Doppel-Zentner österreichische, insgesamt 109 200 D.-Z. Raffinaden. Verschifft wurden 4500 D.-Z. Rohzucker.

Die englischen Märkte zeigten in der ersten Wochenhälfte infolge der hohen Ankünfte in Kuba und des Rückgangs der Kurse in New-York eine schwache Auffassung. Schlußpreise am Sonnabend mittag für Beet, 88 Proz. Rendement, per cwt., fob Hamburg: Februar 9 sh. 3½ d. Käufer, März 9 sh. 2¾ d. Käufer, Mai 9 sh. 4½ d. Käufer, August 9 sh. 7¼ d. gehandelt, Oktober-Dezember 9 sh. 7 d. Käufer.

Der Pariser Markt blieb fastnachtshalber am Montag und Dienstag geschlossen. Die Haltung des Marktes vom Mittwoch bis Freitag war zunächst behauptet, vorübergehend etwas ruhiger. Schlußpreise am Sonnabend mittag für Weiß Nr. 3, die 100 Kilogr.: Februar 32,50 Fr. Käufer, März 32,62½ Fr. Käufer, März-Juni 32,87½ Fr. Abgeber, Mai-August 33,12½ Fr. Abgeber.

Der Antwerpener Markt verlief fast durchweg in ruhiger Haltung, wobei die Kurse für Sommersichten gegen Schluß der Woche sich bis zu 25 Cts. die 100 Kilogramm abschwächten. Nahe Sichten sowie nächstjährige Ernte blieben unverändert. Die holländischen Plätze meldeten ruhige Stimmung bei fast unveränderten Preisen.

Am Prager Markt herrschte zumeist eine ruhige Auffassung vor, wobei jedoch die Preise wiederholt kleine Abschwächungen erlitten.

Der New-Yorker Markt war am Montag feiertagshalber geschlossen. Am Dienstag und Mittwoch lag stärkeres Angebot von Kuba und Porto Rico vor, wodurch ein weiterer Abschlag von 3 Punkten hervorgerufen wurde. Am Sonnabend fanden weitere Abschlüsse zur prompten Notiz statt. In Deutschland fanden westlich der Elbe wiederholt bessere, östlich der Elbe dagegen recht mäßige Niederschläge statt. Die Temperaturen waren zunächst ziemlich warm; sie sanken jedoch in den letzten Tagen und waren morgens recht niedrig. Die Wintersaaten werden besser und schneller grün, als man gehofft hatte, so daß, danach zu urteilen, ernstliche Schäden nicht eingetreten sind. Im Anbau ist auf mindestens die gleiche Fläche wie im Vorjahre zu rechnen.

Wollauktion in London

vom 4. März. Die heutige Auktion verlief bei fester Tendenz sowie ausgezeichneter Nachfrage seitens heimischer und kontinentaler Interessenten. Feine Kreuzzuchten notieren noch etwas über die Eröffnungspreise. Die Anzahl der angebotenen Ballen betrug 12 900, davon wurden später 500 Ballen zurückgezogen.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 4. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Unternehmungslust war heute sehr gering. Das Ausland hatte niedrigere Notierungen gesandt, und die Provinz war in umfangreichem Maße als Abgeber am Markte. Die Folge davon war, daß die Tendenz für Brotgetreide und Hafer matt war. Mais und Rüböl hatten trägeres Geschäft. Wetter: trübe.

Schlußbörse.

Weizen: Mai 201,25, Juli 205,25, Septbr. —,— ℳ; matt.
Roggen: Mai 160,25, Juli —,—, Septbr. 149,75 ℳ: matt.
Hafer: Mai 155,25 Juli —,— ℳ; matter.
Mais: Mai —,—, Juli —,— ℳ: ruhig.
Rüböl: März —.—, Mai —.—, Okt. —.— ℳ: geschäftslos

Getreide. Hülsenfrüchte. Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 4. März.

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	190—194
abfallender	——
Mai	——
Juli	——
September	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	154½
abfall.	——
Mai	——
Juli	——
Dezbr.	——
Gerste†) (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	142—146
do. schwere	147—156
Wintergerste, inländ.	——
russ. u. Donau leichte	133—135
amerikan.	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	167—182
do. mittel do.	153—166
do. gering do.	——
mit Geruch	——
Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mix.	169—172
runder	147—150
Odessa	——
weißer Natal	——
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futterware mittel	163—170
feine Taubenerbsen	171—194
Viktoriaerbsen	——
Kleine Kocherbsen	——
Weizenmehl (per 100 kg) Nr. 00 brutto einschl. Sack	
ab Bahn u. Speicher	22.00—27.25
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
ab Bahn u. Speicher	18.80—21.30
Weizenkleie:	
grobe und feine	10.85—11.35
Roggenkleie	10.00—10.50
Serabella	——
Lupinen, gelbe	——
blaue	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	190—194
abfall.	——
Mai	201½—201—201¼
Juli	205¼—205¼
Sept.	——
Dezemb.	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	154½
April	——
Mai	160¼—160¼—160¼
Juli	——
Sept.	160¾
Mais (ohne Aug. d. Prov.):	
amerikan. mixed	——
runder	146—149 (ab Kahn)
Jan.	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	164—179
mittel 150-163, gering	——
April	——
Mai	155¼
Juli	——
Dezbr.	——
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack	
ab Bahn u. Speicher	22.00—27.25
(feinste Marken über Notiz).	
Roggenmehl (per 100 kg)	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
ab Bahn u. Speicher	18.80—21.30
Jan. —.— Juli	19.95.
Rüböl (per 100 kg in Faß):	
Mai	—.— Br.
Dezbr.	—.— Br.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 4. März. Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl März-April 19,25 Mk., feuchte Stärke 9,70 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**. 4. März. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—106 Ltr.) 81,75—82,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 92,50—93,50 Mk. per loko und Lieferung bis Ende September 1914 ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Korndranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 4. März. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: fest. Ohne Faß. Regulierungspreis 30 Mk. März 30 G., März-April 30 G. inkl. Eisenbandspiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris**, 4. März. Spiritus behauptet. März 43,50, April 43,75, Mai-August 44,75, September-Dezember 43,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Hamburg**, 4. März. Rüböl stetig, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam**, 4. März. Leinöl fest, loko 27, April 26⅜, Mai-August 27⅝, Septbr.-Dezbr. 28⅜.

— **Paris**, 4. März. Rüböl ruhig. März 77,75, April 77,25, Mai-August 75,50, Septbr.-Dezbr. 76,00.

Zucker.

W. Hamburg, 4. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per März 9,25, per April 9,30, per Mai 9,40, per August 9,62½, per Oktober-Dezember 9,60, per Januar-März —. Tendenz: ruhig.

W. London, 4. März. Rüben-Rohzucker 88 % März 9 sh. 2¼ d. Käufer, stetig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. — d. nominell, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 4. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 47½ G., Mai 48¼ G., Septbr. 49½ G., Dezember 50 G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**. 4. März. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 40½.

— **Havre**. 4. März. Kaffee. Good average Santos März 59¾, Mai 60½, September 61½, Dezember 61¾. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro. 3. März. Kaffee. Zufuhren 9000 Sack in Rio, 12 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 4. März. Baumwolle, matt. Upland middling loko 63,25 Mk.

— **Antwerpen**. 4. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B März 6,52½, Mai 6,52½, Juli 6,45, Sept. 6,42½, Dezbr. 6,32½, Januar 6,30. Tendenz: Beh auptet.

— **Liverpool**. 4. März. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Willig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —.—, per März-April 6,58, per April-Mai 6,53, per Mai-Juni 6,53, per Juni-Juli 6,48, per Juli-August 6,43, per August-September 6,33, per September-Oktober 6,22, per Oktober-November 6,15, per Novbr.-Dezember 6,11, per Dezember-Januar 6,10.

Metalle.

— **Amsterdam**. 4. März. Banca-Zinn behauptet, loko 115⅞.

— **London**. 4. März. Blei, span., 19½ Lstr., engl. 20¼ Lstr., Zinn 175⅝ Lstr., Zink 22¼ Lstr., Chili-Kupfer 64⅛ Lstr., 3 Monate 64⅝ Lstr.

— **Glasgow**. 4. März. (Schlußbericht.) Roheisen träge. Middlesborough Warrants per Kasse 50 sh. 4 d.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin**, 4. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 142 Rinder, (darunter 76 Bullen, 12 Ochsen, 54 Kühe und Färsen), 2313 Kälber, 991 Schafe, 17 898 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe, Jungvieh fehlen. Kälber: A. 190—68 (143—54), B. 67 bis 69 (112—115) C. 62—66 (103—110), D. 55—60 (96—105) ℳ, E. 42—51 (76—93). Schafe: Stallmastschafe: A. 45—48 (60—96), B. 40—44 (80—86), C. 36—41 (75—85), D. —— (——) ℳ, Weidemastschafe: A. —— (——), B. — (——) ℳ. Schweine: A. 49 (61), B. 47—99 (59—61), C. 47—48 (59—60), D. 46—47 (57—59), E. 44—45 (55—56), F. 45—46 (56—58). — Vom Rinderauftrieb blieb nichts unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen wurde ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 4. März. Roter Winter-Weizen loko 105, per Dezbr. —.—, per Mai 101⅛, per Juli 97, per Sept. —.—. Mais per Mai —.—, per Juli —.—, per Sept. —.—. Mehl 3,95

Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago. 4. März. Weizen per Mai 93½, per Juli 88⅝, per Sept. —.—. Mais per Mai 67½, per Juli 66⅝, per Sept. 65⅝.

W. New-York. 4. März. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —.—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 13,50—14,12.

W. New-York. 4. März. Schmalz Westernsteam 10,75, Rohe und Brothers 11,05.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat. | **Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403052-18/fragment/page=0003

Berliner Börse, 4. März 1914

Die Rubrik in Kühlschwarz gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 1.Jan. 4 1.Apr. 7 1.Juli 10 1.Okt. a 1.1.7. d 1.4.10. g 16.3.9. k 15.5.12. q quartaltlich 1.4.7.10. 2 1.Febr. 5 1.Mai 8 1.Aug. 11 1.Nov. b 1.2.8. e 15.1.11. h 15.4.10. l 1.11.5.12. r 1.2.5.8.11. 3 1.März 6 1.Juni 9 1.Sept. 12 1.Dez. c 1.3.9. f 1.6.12. i 15.5.11. v versch. 1/2a do. do. 1.3.6.9.12.

Berechnungsbasis: 1 Fr., Lire, Leva, Pesetas 80 Pf. = 4 Cts. 1 Kr. 1 fl. Währ. 1,70. 1 Kr. = 0,85. = 1 fl. südd. = 1,7. = 1 fl. holl. = 1,70. = 1 fl. Banco = 1,50. = 1 Kr. = 1,12½. = = Rbl. = 2,16. 1 Gold-Rbl. = 3,20. = 1 Pesc. 4. = 1 Doll. = 4,20. = 1 Lstrl. = 20,40 = Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 8%, Privatdiskont 5½%. Nachdruck verboten.

| Bisch. Fds. u. Stadt-Pap. | | |

Handel und Gewerbe im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 4. März 1914.

Am Regierungstische: von Trott zu Solz, Dr. Sydow.

Präsident **Dr. Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Entwurfs eines

Ausgrabungsgesetzes.

Abg. **Winckler** (Kons.): Wir wünschen, daß auch die Provinzialmuseen durch Überweisung von Funden bedacht werden.

Abg. **Eichhoff** (Fortschr. Vpt.): Wir erwarten, daß bei der Ausführung des Gesetzes die Denkmäler altgermanischer Kultur diejenige Beachtung und Würdigung finden, die sie schon vom vaterländischen Standpunkte aus verdienen.

Abg. **Dr. Kauffmann** (Zentr.): Auch derjenige Teil meiner Freunde, der anfänglich Bedenken hatte, wird dem Gesetz zustimmen. Wir wünschen Berücksichtigung der rheinischen Provinzialmuseen bei der Ausführung des Gesetzes.

Abg. **Dr. Arning** (Natl.): Die wichtigen Funde an der Ostsee müssen geschützt werden, weil dort viele germanische Altertümer zutage gefördert werden.

Die Vorlage wird unverändert endgiltig angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Ausdehnung des Moorschutzgesetzes vom 4. März 1913 auf die Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein, wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wurde die zweite Beratung des

Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung

beim Titel Ministergehalt fortgesetzt. Dazu lag ein Antrag der Abgg. Dr. von Krause (Natl.) und Genossen vor auf Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen bei Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse.

Abg. **Hoesch** (Kons.): Der Abgeordnete Beumer hat gestern die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück im Reichstage hinsichtlich der künftigen Handelsverträge kritisiert. Staatssekretär Delbrück hat aber im zweiten Teil seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Vorarbeiten für den Abschluß neuer Handelsverträge bereits im Gange seien. Nichtsdestoweniger stimmen wir der Mahnung des Abg. Beumer auf Schutz der heimischen Produktion zu. Österreich und Rußland denken nicht daran, die Dinge laufen zu lassen, wie sie sind. Deshalb müssen wir mit einem Kampftarif gerüstet sein. Wir müssen Vorsorge treffen, daß in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht eine Depression wie zur Zeit der Caprividschen Handelsverträge eintritt. Wie vorsichtig wir beim Abschluß neuer Handelsverträge sein müssen, das hat sich bei dem Handelsprovisorium mit England gezeigt, wodurch sowohl unsere Landwirtschaft als auch die Industrie benachteiligt worden sind. Wir müssen vor allem darauf bedacht sein, neue Kompensationsobjekte zu finden. Auch die Frage der Meistbegünstigung muß genau geprüft werden. Es ist für die Reichsregierung sehr schwierig, mit so bedeutsamen Fragen wie den Handelsverträgen vor den Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung zu treten. Dennoch hoffen wir, daß bei der Neuregelung unserer handelspolitischen Verhältnisse den deutschen wirtschaftlichen Verhältnissen der notwendige Schutz gewährleistet wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Handelsminister **Dr. Sydow**: Die Bedeutung der Frage greift über den Bereich eines einzelnen Ressorts hinaus. Namens der Königlichen Staatsregierung habe ich dazu folgende mit den Darlegungen des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers im Reichstag vom 20. Januar in Einklang stehende und sie in einigen Beziehungen ergänzende Erklärung abzugeben: Der aus der gleichmäßigen Berücksichtigung der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Interessen aufgebaute

Zolltarif vom 25. Dezember 1902

hat sich nicht nur in seiner zolltechnischen Gestaltung bewährt, sondern auch den Anforderungen einer gesunden Wirtschaftspolitik, die produktiven Kräfte des Landes möglichst zu entwickeln, im wesentlichen entsprochen. Mit seiner Hilfe ist ein hinreichender Schutz des Inlandmarktes erreicht, soweit dieser gegenüber einem unter günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen arbeitenden Ausland erforderlich ist. Er hat sich auch als brauchbares Werkzeug für den Abschluß zahlreicher Tarifverträge erwiesen, die zur Erleichterung und Sicherung der Ausfuhr geführt haben. Daß dabei die Interessen der inländischen Verbraucher, insbesondere in der arbeitenden Klasse, nicht Schaden genommen haben, ist aus der allgemeinen Lohnsteigerung und der mit ihr verbundenen Hebung der Lebenshaltung gerade der minderbemittelten Volksschichten zu erkennen.

Für grundlegende Änderungen oder die Ersetzung des Zolltarifs von 1902 durch einen neuen Tarif sind deshalb die Voraussetzungen nicht gegeben.

Vom Standpunkt des zu vertretenden Gesamtinteresses kann weder von einem Abbau der gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zölle die Rede sein, noch liegt zur Zeit ein Bedürfnis für eine allgemeine Verstärkung des Zollschutzes vor. Die Frage der unveränderten Aufrechterhaltung unseres Zolltarifs läßt sich nicht trennen von der anderen Frage, ob die bestehenden Tarifverträge mit der gegenwärtigen Vertragsperiode ablaufen werden oder ob sich eine Verständigung über ihre Verlängerung wird erzielen lassen. Bei dem Interesse, das das Geschäftsleben an der Fortdauer eingelebter Verhältnisse hat, wird die Regierung der Möglichkeit der Verlängerung der bestehenden Verträge nicht entgegentreten und ihrerseits nicht darauf drängen, daß deren Ablauf im Wege der Kündigung erreicht wird. Wenn dagegen andere Vertragsstaaten sich nicht auf den gleichen Standpunkt stellen, dann freilich wird die Frage einer Zolltarifnovelle brennend, die unsere Rüstungsmittel für den Abschluß neuer Verträge verstärkt, neue Erscheinungen auf dem Wirtschaftsgebiete berücksichtigt und zugleich einzelne Mängel des Zolltarifs beseitigt. Um alsdann ein schnelles Vorgehen zu ermöglichen, sind, worauf auch der Stellvertreter des Reichskanzlers bereits hingewiesen hat, unter den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts Vorarbeiten im Gange, die bereits soweit gefördert sind, daß Deutschland rechtzeitig einer veränderten Situation wird entgegentreten können. (Beifall rechts und im Zentrum.) Die für diesen Fall beabsichtigten Maßnahmen vor der Zeit anzugeben, erscheint aus naheliegenden Gründen nicht angezeigt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Unter allen Umständen wird die Regierung auch einer veränderten Situation gegenüber

an der bisher befolgten Zoll- und Handelspolitik festhalten

(Lebhafter Beifall) und sorgfältig darauf bedacht sein, daß durch erforderlich werdende neue Maßnahmen der Zusammenschluß der schaffenden Stände in Gewerbe und Landwirtschaft, dem das Zolltarifgesetz von 1902 zu verdanken ist, nicht in Frage gestellt werde. (Beifall.) Soweit diese Erklärung! Nach dem Gesagten habe ich der Annahme des Antrages von Krause und Genossen keine Einwendung entgegenzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag der Abgg. **Herold** (Ztr.) und Freiherrn **von Zedlitz** (Freikons.) eingegangen, der den Antrag von Krause dahin ergänzt, daß der Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen auf Grund der bisherigen Wirtschaftspolitik gewährleistet werden soll.

Abg. **Herold** (Zentr.): Unser Antrag bringt das, was der nationalliberale Antrag will, deutlicher zum Ausdruck.

Abg. **Freiherr von Zedlitz** (Freikons.): Die Annahme beider Anträge würde als bedeutsame Kundgebung für die Fortführung unserer nationalen Wirtschaftspolitik betrachtet werden können. Wir hoffen, daß auch im Reichstage die Parteien, die 1902 den Zolltarif geschaffen haben, sich zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammenfinden werden.

Abg. **Dr. Pachnicke** (Fortschr. Vpt.): Wenn die Konservativen könnten, so würden sie den Reichstag auflösen, um eine gefügige Zollschutzmehrheit zu erlangen. Wir wollen Handelsverträge auf weite Sicht. Zweck der Handelsverträge muß es sein, für den Produktionsüberschuß Absatzmärkte zu sichern und einen steigenden Export zu ermöglichen. Dem nationalliberalen Antrag, der dies bezweckt, stimmen wir zu, den Zusatzantrag lehnen wir ab.

Abg. **Leinert** (Soz.): Dem Antrage der Nationalliberalen hätten wir zustimmen können. Da er aber durch den Zusatzantrag verschlechtert worden ist, lehnen wir ihn ab. Die ganze Aktion zielt darauf ab, die Regierung für die Interessen der Großgrundbesitzer scharf zu machen.

Abg. **Dr. Schifferer** (Natl.): Wir begrüßen die Erklärungen des Ministers, weil dadurch auch dem Auslande gezeigt wird, daß wir nicht gesonnen sind, unsere wichtigen wirtschaftlichen Interessen preiszugeben. Wir können feststellen, daß der Zweck unseres Antrages erreicht ist.

Die Debatte über die Anträge wird geschlossen. Die Abstimmung erfolgt später.

Die Erörterung über den Titel Ministergehalt wurde fortgesetzt.

Abg. **Hammer** (Kons.): Die Verhältnisse bei der Kohlenförderung und der Eisenproduktion sind im ganzen befriedigend. Wir sind dem Minister dafür dankbar, daß er in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine Warnung hat ergehen lassen, daß deutsches Kapital sich nicht in zu hohem Maße an ausländischen Anleihen beteiligen möge. Das Verlangen der Handwerker, bei volkswirtschaftlichen Aufgaben herangezogen zu werden, z. B. durch Entsendung in die Kleinhandelsausschüsse der Handelskammern, ist durchaus berechtigt. Wir wünschen, daß gegen das Zugabewesen beim Warenverkauf, das als unlauterer Wettbewerb zu betrachten ist, vorgegangen wird. Spezialgeschäfte sollten von der Warenhaussteuer nicht betroffen werden. Wir würden eine staatliche Unterstützung der Deutschen Handwerkerausstellung in Dresden begrüßen. Der im Etat zur Unterstützung des Kleingewerbes ausgeworfene Betrag sollte erhöht werden. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, in welchem die Regierung ersucht wird, Maßnahmen, eventl. auf gesetzlichem Wege, zu treffen, welche geeignet sind, einerseits die elektrotechnische Kleinindustrie und die Installateure in ihren berechtigten gewerblichen Interessen, sowie andererseits die Stromverbraucher gegenüber der übermächtigen Geschäftsgebarung der Elektrizitätsgesellschaften zu schützen.

Handelsminister **Dr. Sydow**: Wir sind bestrebt, die Interessen der Handwerker nach Möglichkeit zu fördern. Ob der Fonds zur Förderung des Kleingewerbes erhöht werden kann, daüber wird der Finanzminister entscheiden. Wir sind mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob dem Zugabewesen auf gesetzlichem Wege entgegengetreten werden kann. Die Frage der Warenhaussteuer gehört in das Ressort des Finanzministers. Es schweben Erwägungen über die Einbringung einer Vorlage betr. die Warenhaussteuer. Eine Unterstützung der Handwerksausstellung in Dresden wird in beschränktem Maße erfolgen. Wie dem Antrage Hammer Folge gegeben werden kann, darüber schweben Verhandlungen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Postfragen im Reichstag.

Sitzung vom 4. März 1914.

Am Tische des Bundesrats: **Kraetke**, v. **Falkenhayn**.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 1¼ Uhr.

Die beim Reichstage nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung von Privatklageverfahren gegen die Abg. **Bruhn** (Wirtsch. Vgg.) und **Bock** (Soz.) wird gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungskommission versagt.

Auf der Tagesordnung steht sodann die Interpellation Spahn und Gen. (Zentr.) betreffend den

Zweikampf der Offiziere

von Ia Palette St. George und Haage vom Infanterie-Regiment Nr. 98 in Metz.

Auf die Frage des **Präsidenten**, ob und wann die Interpellation beantwortet werden soll, erklärt

Preußischer Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Interpellation wird im Laufe der nächsten Woche beantwortet werden; der Reichskanzler wird sich über den Tag mit dem Präsidenten ins Benehmen setzen.

Damit ist der Gegenstand für heute erledigt.

Sodann setzte das Haus die zweite Lesung des

Reichshaushaltsetats für 1914

fort und erledigte zunächst einige zurückgestellte Abstimmungen.

Die Forderung von 10 000 Mark unter den einmaligen Ausgaben des Etats der Marineverwaltung für Bauentwurfsarbeiten zum Bau einer

Offizierspeiseanstalt in Kiel

wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und einiger Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechend dem Antrage der Budgetkommission abgelehnt.

Der Antrag **Delsor** zum Etat der Reichseisenbahnen betreffend den Ausbau der elsaß-lothringischen Nebenbahnen wird zurückgezogen und die Titel betreffend den Ausbau der Strecke Straßburg—Basel und der Ried- und Haardtbahn nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Darauf wurde die Spezialberatung des

Etats für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung

beim ersten Titel der dauernden Ausgaben Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Eingegangen ist noch ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei Hubrich und Genossen, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß von den unteren Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung geforderte Leistungsmaß an wöchentlichen Dienststunden angemessen herabgesetzt und ihr Erholungsurlaub erweitert wird.

Abg. **Diez-Konstanz** (Zentr.): Wir zollen der Postverwaltung volle Anerkennung, doch wünschen wir Besserung der noch recht mangelhaften telephonischen Verhältnisse im badischen Oberlande. Die Landposten müßten mehr mit Automobilbetrieb ausgerüstet werden. Dadurch würde auch dem Touristenverkehr sehr gedient werden. Das Petitionsrecht der Beamten muß in vollem Umfange erhalten bleiben. Die Postverwaltung sollte mehr wie bisher die zu errichtenden Postgebäude von Bauunternehmern am Orte herstellen lassen. Wir befürworten die Erhöhung der Bezüge der Postgehilfen. Die Herabsetzung der wöchentlichen Dienststunden und eine Erweiterung des Erholungsurlaubes der unteren Postbeamten kann nur empfohlen werden.

Staatssekretär **Kraetke**: Daß bei uns der Automobilverkehr im Postwesen weniger ausgebildet ist, als in Bayern, ist richtig. Die dortige Postverwaltung ist aber verbunden mit der bayrischen Eisenbahnverwaltung; die Automobile ersetzen dort die Kleinbahnen. In Baden und Hessen sollen die Automobilpunkte von der zuständigen Landesbehörde ausgewählt werden. Den Übelständen im postlagernden Verkehr wollen wir abhelfen; die Ermittlungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Was die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von Unterbeamten in Großstädten anlangt, so werden jährlich große Summen zu diesem Zwecke eingestellt. Eine weitere Ausdehnung des Drucksachenverkehrs ist nicht möglich. Täten wir das, so würden immer neue Anforderungen an uns herantreten, und der Gebrauch von Postkarten würde immer mehr zurückgehen. Ich habe schon früher erklärt, daß wir in dieser Richtung nicht weiter gehen können, als wir bisher schon gegangen sind.

Abg. **Ickler** (Natl.): Die Lohnverhältnisse der Streckenbauarbeiter müssen aufgebessert werden. Bei auswärtiger Beschäftigung müßte angemessene Zulage gewährt werden. Das gleiche gilt von den Lohnverhältnissen der Handwerker bei der Post und ebenfalls der Telegraphenarbeiter. Die Postverwaltung sollte sich nicht länger gegen den Wunsch der Telegraphenarbeiter sträuben, in das Beamtenverhältnis gefördert zu werden. Wünschenswert ist die Errichtung einer Pensionskasse für die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der Post.

Abg. **Hubrich-Oberbarnim** (Fortschr. Vpt.): An dem Scheitern der Fernsprechgebührenordnung ist nicht die Fortschrittliche Volkspartei Schuld, sondern die Bestimmungen des Entwurfs, durch die wir die Verkehrsbedürfnisse der Städte des Handels und Industrie bedroht sahen. Die Markenverkäuferinnen sollten auf 3 Mark pro Tag aufgebessert werden. Die Aufbesserung der Postagenten begrüßen wir. Die dienstliche Inanspruchnahme der Postagenten ist zu verschieden, als das eine einheitliche Gehaltskala möglich wäre; es sollte aber eine dienstliche Aufwandentschädigung gewährt werden. Die Landbriefträger müssen besser gestellt werden. Die Bezüge der Bahnpostschaffner entsprechen nicht den Ansprüchen der Jetztzeit. Die Postdirektoren sollten den Rang der Räte 4. Klasse, und die Leiter der Postämter dritter Klasse sollten den Vorstehertitel bekommen. Eine elftündige Dienstzeit der Unterbeamten ist unzulässig. Die Gegnerschaft des Staatssekretärs gegen den Koalitionsgedanken hat dazu geführt, daß die höheren Postbeamten sich, wenn auch geheim, zusammengeschlossen haben. Die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten ist unsere vornehmste Aufgabe. (Lebhafter Beifall).

Abg. **Dr. Haegy** (Elsässer): Der Staatssekretär hat hier erklärt, daß er durch seine Antwort in der Kommission über

die Zaberner Vorkommnisse

in keiner Weise die Beamten hat preisgeben und ihnen ein Vergehen zur Last legen ollen. In der Kommission hatte man aber den Eindruck, daß hier im Gegensatz zu der sonstigen Praxis der Behörde zugegeben worden ist, es sei in Zabern etwas vorgekommen, was ungehörig ist. Der Postdirektor in Zabern ist einer der wenigen Elsässer in einer höheren Stelle. Man hat den ganz bestimmten Beigeschmack, als ob man hier einem höheren eingeborenen Beamten etwas anhesten wollte, als einen Beweis dafür, daß er sich von der Stimmung in Zabern mitreißen ließ. Nun haben ja aber auch höhere deutsche Beamte vor Gericht öffentlich ausgesagt, wie wenig sie mit dem Vorgehen des Oberst v. Reuter einverstanden gewesen sind. Oberst v. Reuter hat selbst zugegeben, daß er 75 000 Zustimmungstelegramme und Briefe und über 30 000 beleidigende bekommen hat. Außerdem war auch sonst die Post sehr angestrengt tätig. Es waren viele Journalisten in der Stadt, und auch die Eingesessenen wurden um Auskunft über die Zustände in Zabern gebeten. Trotz dieser Überlastung sind keine nennenswerten Verspätungen in der Zustellung vorgekommen. Aus kleinen Versehen wird hier nun den Beamten eine Absicht konstruiert. Ein Postassistent in Zabern, der ein preußenfeindliches Lied gesungen haben soll, ist trotz entlastender Aussagen strafversetzt worden. Der Staatssekretär sollte das geschehene Unrecht wieder gut machen. Den von den Vorredner geäußerten Wünschen schließe ich mich an.

Staatssekretär **Kraetke**: Der Vorredner scheint meine Ausführungen über Zabern nicht gehört zu haben, sonst würde er sich erinnern, daß ich gesagt habe, daß ein Verfehen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403052-18/fragment/page=0005

vorgekommen ist. Von einem Ausschluß der Reichsländer aus der Postverwaltung kann keine Rede sein, wir haben ja aus allen deutschen Staaten Angehörige in dem Personal, es wäre ja auch traurig, wenn es anders wäre. Den von ihm weiter noch vorgebrachten Fall kenne ich nicht.

Abg. Noske (Soz.): In der Postverwaltung sind zahlreiche Mißstände zu rügen. Daß der Staatssekretär kein Verständnis für Verkehrsbedürfnisse besitzt, das beweisen seine Darlegungen über die Fernsprechgebührenordnung. Der Herabsetzung der Dienststunden und einer Erweiterung des Erholungsurlaubs stimmen wir zu. Zu der Zaberner Affäre hätte der Staatssekretär eine ganz andere Rede halten müssen; mit keiner Silbe hat er die Beamten entschuldigt. Auch bezüglich der Kronprinzendepeschen sind die Beamten angegriffen und es ist ihnen Bruch des Dienstgeheimnisses vorgeworfen worden. Der Staatssekretär hat sich aber nicht gerührt.

Abg. Kuckhoff (Str.): Angesichts der vorliegenden Besoldungsvorlage wollen wir auf die Beamtenwünsche nicht eingehen, und unsere Forderungen an anderer Stelle vorbringen. Eine Verteuerung der Telephongebühren wollten wir nicht herbeiführen. Die Postlagerbriefe müssen unter allen Umständen bekämpft werden. Die Notlage der Postkrankenkassen führt zu Mißständen. Das Petitionsrecht der Beamten darf nicht eingeschränkt werden. Das Vertrauen zwischen der Verwaltung und den Beamten ist das Ziel, das wir erstreben müssen.

Staatssekretär Kraetke: Mein Vorwurf, daß die Sozialdemokratie falsche Beschuldigungen nicht zurücknehme, ist durch frühere Vorgänge begründet. Ich muß daher meine Ausführungen aufrechtehalten.

Abg. Dr. Oertel (Kons.): Bezüglich Zabern ist der Standpunkt des Staatssekretärs einwandfrei. Den Staatssekretär bitte ich, die Durchschnittsbezüge der Postagenten im nächsten Etat höher einzuschätzen. Ich habe nicht gesagt, daß die Fernsprechgebühren für die großen Städte verteuert werden sollen. Nach meinem Standpunkt müssen Leistung und Gegenleistung einander entsprechen.

Abg. Dr. Struve (Fortschr. Vpt.): Über das Verhalten des Staatssekretärs in der Kommission betr. Zabern war ich erstaunt; erstaunter aber noch über seine Haltung hier im Plenum. Wenn Oberst von Reuter sich die sonst unerklärliche Sympathie erworben hat, so liegt das daran, daß er rücksichtslos für seine Untergebenen eintrat. Das hätte der Staatssekretär auch tun sollen. Das Dementi der Postbehörde hat festgestellt, daß es sich um zwei kurze Zeit zurückgehaltene Karten handelte. Höchstens liegt ein Versehen vor. Das hätte der Staatssekretär hier betonen müssen. Oder hat die Oberpostdirektion in Straßburg Fehler gemacht?

Staatssekretär Kraetke: Die letzte Äußerung ist eine Insinuation. (Unruhe links.) Es handelte sich nicht um zwei, sondern um sehr viele Sendungen, die dem Oberst v. Reuter zugestellt wurden und die sehr beleidigend waren.

Vizepräsident Dove: Das Wort Insinuation ist nach parlamentarischem Brauch unzulässig. Im übrigen gaben die Ausführungen des Abgeordneten Struve keinen Anlaß zu einer solchen Bemerkung.

Abg. Haase (Soz.): Der Abgeordnete Sachse hat bei seiner damaligen Behauptung loyal gehandelt. Es hat sich herausgestellt, daß tatsächlich ein Beamter die Abonnentenliste der Steigerzeitung herausgegeben hat. Der Staatssekretär hat auch nicht einmal den Tatbestand richtig dargestellt, als er den zehn Jahre zurückliegenden Fall erwähnte. Tatsächlich war damals festgestellt, daß von der russischen Regierung ein Spitzelnest in Berlin unterhalten wurde. Ich habe mich damals nur gegen die Spitzel gewandt, nicht gegen einzelne Postbeamte. Aber das scheint der Staatssekretär nicht verstanden zu haben. Es gibt eben Menschen, die einer Entwickelung nicht fähig sind. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.)

Staatssekretär Kraetke: Es bleibt bestehen, daß der Abgeordnete Haase damals den Vorwurf erhoben hat, daß ein an eine russische Studentin gerichteter Brief auf der Post geöffnet worden ist. Damit allein habe ich mich in meinen Erklärungen beschäftigt. Es handelt sich nur darum, daß der Abgeordnete Haase damals diesen Vorwurf hier erhoben hat, ohne ihn zurücknehmen. (Anhaltende Unruhe.)

Abg. Dr. Schatz (Els.-Lothr.): Die Postkrankenkassen müssen in ihrem schweren Daseinskampf gestützt werden.

Abg. Dr. Struve (Fortschr. Vpt.): Von den Anschuldigungen der Kreuzzeitung, die die Möglichkeit des Hochverrats der Zaberner Postbeamten zuließ, hat der Staatssekretär keine Notiz genommen.

Staatssekretär Kraetke: Ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesagt habe. (Nachen.) Nach den Zeitungsmeldungen hat Oberst Reuter gesagt, es seien so und so viele Briefe und Postkarten mit beleidigendem Inhalt bestellt worden. Das Protokoll liegt noch nicht vor. Nach Verständigung mit der Oberpostdirektion Straßburg soll Oberst Reuter seine Aussage nicht so gemeint haben. Direkte Beleidigungen haben die Schlußfolgerungen der Zeitungsartikel nicht enthalten. (Zuruf: Hochverrat.) Verfehlungen von Beamten sind tatsächlich vorgekommen. Wer aber und wie er bestraft worden ist, darüber kann selbstverständlich nichts gesagt werden.

Damit schloß die Diskussion.

Abg. Haase (Soz.) bemerkte persönlich: Der Staatssekretär hat sich inkorrekt informiert, und da wirft er uns Unsachlichkeit vor. Nach seinen Ausführungen kann man bemessen, wie weit das Maß seiner Gewissenhaftigkeit geht.

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner zur Ordnung.

Staatssekretär Kraetke: Ich muß zugeben, daß ich mich beim Verlesen der Ausführungen des Abg. Haase im Datum geirrt habe. Den Vorwurf hat aber Herr Haase nicht zurückgenommen. (Zurufe: Konnte doch auch nicht widerrufen werden, ist doch wahr!)

Staatssekretär Kraetke fortfahrend: Gegen diesen allgemeinen Vorwurf habe ich mich gewendet.

Abg. Haase (Soz.): Zwischen der Anschauungsweise des Staatssekretärs und uns besteht eine gewaltige Kluft. Was ich vorgetragen habe, entspricht der Wahrheit.

Damit schloß die Diskussion.

Das Gehalt des Staatssekretärs wurde bewilligt.

Nach Annahme der Resolution der Fortschrittspartei wurde Vertagung beschlossen.

Die Abstimmung über die Ostmarkenzulage soll morgen namentlich erfolgen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Postscheckgesetz, Reichskolonialamt und Schutzgebiete.

Schluß nach 7½ Uhr.

Landtag der Provinz Sachsen.

4. Plenarsitzung.

Merseburg, 4. März.

Beginn der Sitzung 12 Uhr.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. **Haushaltsplan über die Ausgaben der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen für die Jahre 1914 und 1915.** Darüber berichtet Herr Abgeordneter Trendmann. Als erfreulich hebt der Berichterstatter hervor, daß eine erhebliche Summe, nämlich 83 700 Mk. (gegen 38 250 Mk. im Haushaltsplan für 1912/1913), für gemeinnützige Zwecke in den Haushaltsplan eingestellt sind. Der Haushaltsplan schließt ab mit 467 500 Mk. gegen 374 800 Mk. für die Jahre 1912 und 1913.

Der Landtag genehmigt den Haushaltsplan.

2. **Voranschlag über die Ausgaben der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen in den Jahren 1914 und 1915.** Der Voranschlag schließt ab mit 651 090 Mk. gegen 445 945,14 Mk. für die Jahre 1912 und 1913. Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter von Doetinchem de Rande, bemerkt dazu, daß Mehrausgaben hauptsächlich auf Gehaltserhöhungen und Mehranstellung von Beamten zurückzuführen sind.

Der Voranschlag wird genehmigt.

3. **Rechnungen der Provinzial-Städtefeuersozietätskasse für die Jahre 1911 und 1912 nebst einer Baurechnung über ein Dienstgebäude in Magdeburg.** Der Berichterstatter, Herr Oberbürgermeister Michaelis, hebt hervor, daß die Entwickelung der Provinzial-Städtefeuersozietät durchaus erfreulich ist. Ihre Einnahmen betragen etwa 199 Millionen Mark. Die Brandentschädigungen haben infolge des trockenen Sommers 1911 erheblich zugenommen. In Magdeburg hat sich der Bau eines neuen Dienstgebäudes nötig gemacht, weil die alten Mietsräume nicht mehr ausreichten. Die Gesamtkosten für den Neubau betragen 838 036,02 Mark.

Der Landtag erteilt Entlastung.

4. **Rechnungen der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen für die Jahre 1911 und 1912.** Berichterstatter Herr Abgeordneter von Richter.

Der Landtag erteilt Entlastung.

5. **Hauptrechnungen der Magdeburgischen Land-Feuersozietät für die Jahre 1911 und 1912 nebst Verwaltungsberichten für dieselben Jahre.** Berichterstatter Herr Abgeordneter von Wedel.

Der Landtag nimmt davon Kenntnis.

6. **Verwaltungsbericht des Generaldirektors der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen für die Jahre 1911 und 1912 und vorläufiger Bericht für das Jahr 1913.** Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Kubale, weist u. a. auf die günstigen Ergebnisse der Städte-Feuersozietät hin.

Der Landtag nimmt Kenntnis.

7. **Verwaltungsbericht des Generaldirektors der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen für die Jahre 1911 und 1912.** Der Stand der Land-Feuersozietät wird von dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten von Richter, ebenfalls als sehr günstig bezeichnet.

Die Versammlung nimmt Kenntnis.

8. **Vorläufige Uebersicht über die Verwaltungsergebnisse der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen im Jahre 1913.** Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter von Doetinchem de Rande, stellt einen erfreulichen Zuwachs des Versicherungsbestandes fest.

Der Landtag nimmt Kenntnis.

9. **Bericht des Landtagsvorstandes über die Ersatzwahlen für Provinziallandtagsabgeordnete in den Stadtkreisen Magdeburg und Halle, den Landkreisen Calbe, Salzwedel, Bitterfeld, Merseburg, Querfurt, Schleusingen und Wordis.** Berichterstatter Herr Abgeordneter Daehn.

Die Wahlen werden für gültig erklärt.

10. **Bericht des Landtagsvorstandes über die ungedruckte Petition des Lazarus-Kranken- und Diakonissenhauses in Berlin um Gewährung einer Beihilfe für bauliche Zwecke.** Der Landtagsvorstand empfiehlt Ablehnung.

Der Landtag beschließt dementsprechend. Berichterstatter Herr Abgeordneter Daehn.

11. **Magdeburgische Freitische für das Rechnungsjahr 1911 und 1912.** Der Landtag nimmt Kenntnis von den Ausgaben über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Magdeburgischen Freitische für die Rechnungsjahre 1911 und 1912. Berichterstatter Herr Abgeordneter Voigtel.

*

Am Nachmittag erfolgte eine

Besichtigung des Provinzialmuseums in Halle.

Bekanntlich liegt dem Provinziallandtage eine Ordnung für das Provinzialmuseum und der Entwurf eines Haushaltsplanes zur Genehmigung vor. Zu ihrer Begründung wird in der Vorlage etwa folgendes ausgeführt:

Das neue Provinzialmuseum ist nach der Bestimmung des Provinziallandtages der vor- und frühgeschichtlichen Forschung gewidmet. Von dem Ausbau unseres Provinzialmuseums zu einem Museum für die gesamte Entwickelung der Kultur und Kunst unseres Landes ist abgesehen worden, weil eine solche Anstalt, wenn sie der Provinz würdig und modernen Ansprüchen wirklich genügend hätte ausgestattet werden sollen, sehr große finanzielle Anforderungen gestellt hätte. Die Beschränkung unseres Museums auf eine bestimmte, klar umgrenzte Aufgabe wird ihm gründlichere und wertvollere Arbeitsmöglichkeit gewährleisten. Andererseits wird die im wesentlichen auf die Betonung ortsgeschichtlicher und kunsthistorischer Aufgaben gerichtete Entwicklung der übrigen Museen in der Provinz durch das neue Provinzialinstitut nicht beeinträchtigt werden. Es ist im Gegenteil zu hoffen, daß nunmehr die Grundlage zu einer gesunden Arbeitsteilung gegeben ist. Durch seine Werkstätten und seine ausgedehnte Materialsammlung wird das Provinzialmuseum imstande sein, Lehr- und Typensammlungen aus seinen Dubletten sowie aus Nachbildungen, Photographien und erklärenden Zeichnungen zusammenzustellen. Dies wird manchen Museen willkommen sein, die trotz der Bevorzugung ihrer historischen Sammlungen ihren Besuchern auch einen Einblick in die vorgeschichtliche Kulturentwicklung ihres Landesteils darbieten möchten. So läßt sich denn die Aufgabe des neuen Provinzialmuseums etwa dahin zusammenfassen, daß es die noch im Erdboden unserer Provinz vorhandenen und sonst erreichbaren vor- und frühgeschichtlichen Altertümer ausgraben, durchforschen, sammeln und gemäß dem Stande der Wissenschaft und der musealen Technik aufbewahren, verarbeiten, sowie die Ergebnisse weiteren Kreisen anschaulich darstellen soll. Diesem Zwecke ist Plan und Grundriß des Museums angepaßt worden.

Die Museumsarbeiten selbst werden ihre Aufgabe in der Weise zu lösen haben, daß durch spezial-wissenschaftlich gebildete und fachlich geschulte Kräfte unter Zubilfenahme aller modernen Mittel Ausgrabungen, Konservierungsarbeiten, wissenschaftliche Verarbeitung und Schausstellung durchgeführt werden. Praktischer Außendienst, Tätigkeit in den Werkstätten, Pflege einer wissenschaftlichen Arbeitssammlung, die Schaffung einer sich als Frucht von allem ergebenden allgemeinverständlichen, lehrhaften Schausammlung bezeichnen die Arbeitsgebiete des neuen Provinzialinstituts.

Der praktische Außendienst umfaßt die Ausführung von Grabungen und Untersuchungen im Sinne moderner Wissenschaft.

Alsdann folgt in den Werkstätten das Verarbeiten des draußen Gewonnenen. Die Arbeitssammlung soll das Material für fachgelehrte Untersuchungen bieten und besonders Funde bergen, die noch der Durcharbeitung und Klärung bedürfen, bevor sie für Schau- und Lehrzwecke reif sind. Der Arbeitssammlung angegliedert wird ein Landesarchiv für Vorgeschichte, das seit August 1912 in Arbeit ist und eine unentbehrliche Dokumentensammlung darstellt. Die Schausammlung endlich erfordert die Herrichtung des Gefundenen und die Darstellung des Erschlossenen in einer Form, die gleichermaßen den strengsten Anforderungen der Wissenschaft genügt, wie den Wünschen und Bedürfnissen aller Lerndegierigen.

Unser neues Museum hat sich das Ziel gesetzt, eine Schau- und Lehrsammlung zu schaffen, die Anschaulichkeit und wissenschaftliche Strenge zu vereinigen sucht. Vor allem soll ein möglichst geschlossenes Bild der nacheinander und nebeneinander auftretenden vor- und frühgeschichtlichen Kulturstufen und Bevölkerungsgruppen unserer Provinz gegeben werden. Dabei sollen gegenüberstellend und vergleichend die wesentlichen Kennzeichen der benachbarten und auch entfernterer Kulturen und Völker, sowie Hinweise auf zeitliche Verhältnisse und die allgemeine Menschheitsentwicklung gebracht werden.

Auch soll versucht werden, die Fäden freizulegen, die uns heute Lebenden mit der Vorzeit verbinden, besonders in zahlreichen Einzelerscheinungen der Volkskunde unseres Landes.

Alles, was in der Schausammlung gewissermaßen ruhend enthalten ist, muß aber, um größere Werbe- und Lehrkräfte zu entfalten und der allgemeinen Wissenschaft vorzuarbeiten, durch Vorträge, Führungen und Veröffentlichungen weiter lebendig gemacht werden. Das bereits jetzt angelegte Lichtbilderarchiv soll auch dem Leihverkehr dienen; Funde, Kopien und Photographien sollen auch zu Verkaufs- und Tauschzwecken überzählig hergestellt werden.

Alles aber, was eine solche im besten Sinne moderne Landesanstalt leisten muß und soll, erfordert unermüdliche Tätigkeit vieler Kräfte und ausreichender Geldmittel zur Beschaffung des unbedingt notwendigen Sachapparates.

Wie weit nun das neue Provinzialmuseum seine Aufgabe wird erfüllen können, hängt also zunächst von den Mitteln ab, die ihm zur Verfügung stehen werden. Die moderne Entwicklung der Vorgeschichtswissenschaft, besonders ihrer musealen Pflege, hat bei uns sehr spät eingesetzt. Infolge erhöhter Bodenkultur schreitet die Abnahme der noch zur Verfügung stehenden Fundmöglichkeiten schnell vorwärts. Die Bodenfunde sind aber die einzig einwandfreien und zugleich inhaltsvollsten Dokumente der Vorgeschichtswissenschaft. Durch die kaufkräftige Konkurrenz vieler auswärtiger, ja überseeischer Museen nimmt auch der Bestand an Privatsammlungen im Lande schnell ab, von denen manche zur Ergänzung der Landessammlung nicht zu entbehren sind. Es ist aber dringende Aufgabe unserer der vorgeschichtlichen Forschung gewidmeten Anstalt, sofort energisch innerhalb der Provinz Sachsen einzugreifen, da mit einem späteren und allmählichen Nachholen nicht zu rechnen ist. Die Provinz Sachsen ist mit der Neugestaltung einer Landesanstalt für Vorgeschichte allen deutschen Ländern vorausgegangen, und es kommt darauf an, daß das neue Museum nicht nur jetzt vorbildlich werde, sondern daß es dies auch bleibe.

Die Ordnung für das Provinzialmuseum bedarf danach keiner Begründung im einzelnen mehr. Die darin enthaltenen Bestimmungen ergeben sich aus der Natur der Sache und richten sich in ihrer Form möglichst nach denjenigen der Ordnungen für andere Provinzialanstalten. Ausführlichere Detailbestimmungen zu geben, erscheint nach den mit der alten Museumsordnung gemachten Erfahrungen untunlich, deren sehr ins einzelne gehende kasuistische Vorschriften zum Teil selbstverständlich waren, teilweise sehr bald von der Entwickelung überholt wurden, und so in ihrer überwiegenden Mehrheit allmählich außer Uebung kamen. Den Verwaltungsbedürfnissen wird in den ersten Zeiten des sich entwickelnden Museumsbetriebes am zweckmäßigsten durch Verfügungen oder Anweisungen entsprochen werden.

Der Haushaltsplan des bisherigen Museums konnte für die Neugestaltung keine Geltung beanspruchen. Dagegen gab die Tätigkeit des Provinzialmuseums in den letzten 1½ Verwaltungsjahren allerhand Anhaltspunkte für die künftig notwendige Gestaltung der Anstalt. Von anderen deutschen und ausländischen der vorgeschichtlichen oder geschichtlichen Altertumsforschung gewidmeten Anstalten und Museen, deren Einrichtungen, Organisationen und finanzielle Unterlagen studiert worden sind, konnte ebensowenig eines ohne weiteres als Vorlage gelten, da weder der Zweck noch die sachlichen Grundlagen sich mit den hiesigen Verhältnissen decken. Die „vorgeschichtliche Sammlung" ist in anderen Museen eine von vielen Abteilungen und muß daher meist verhältnismäßig kümmerlich und ohne freie Entfaltungsmöglichkeiten ihr Dasein fristen. Diesem Umstande ist ja auch das bisherige bedauerliche Zurückbleiben der vaterländischen Vorgeschichtsforschung gegenüber der mit großen deutschen Geldmitteln weit gefördert en Erforschung der Urgeschichtsperioden italischer und afrikanischer Völker und Kulturen zuzuschreiben. Weit besser steht es damit vor allem in den nordischen Ländern und auch in Frankreich; dort zeigt sich auch sofort in den Museen, daß das Bewußtsein von den Zusammenhängen selbst der fernsten Vorzeit mit der Gegenwart im ganzen Volke viel lebendiger ist und das Bedürfnis zu ihrer Aufklärung allgemein empfunden wird. Wir haben bisher die eigene Vorzeit und Volkskunde zurückgestellt und damit die Erfüllung der Aufgabe, Licht zu bringen in das bereits sprichwörtlich gewordene Nebelgrau unserer eigenen Vorzeit. Wir werden aber nicht endgültig darauf verzichten wollen, künftig klar zu sehen in den heiß umstrittenen und gewiß genugsam wichtigen Fragen: Was hat unser Land und seine vorgeschichtlichen Bewohner, die unsere Vorfahren waren, geleistet für die Geschichte unseres Volkes? Was ist Geschenk oder Beute, was Tauschgut aus fremden Kulturkreisen ältester und späterer Jahrtausende und Jahrhunderte?

Der Boden der Provinz Sachsen ist noch reich an Vorzeitschätzen, die für eine Reihe wichtiger Probleme der Vorgeschichte der deutschen Stämme die Lösung bergen. Das Provinzialmuseum in seiner neuen Gestalt darf daher als eine gleichermaßen wissenschaftlich wie national bedeutsame Gründung bezeichnet werden. sch.

Aus dem Gerichtssaal.

In der Begründung des Urteils im Ruthenenprozeß in Marmaros Sziget

wird darauf hingewiesen, daß in Flugschriften, die der Angeklagte verbreitet hat, die Dogmen und die Geistlichkeit griechisch-katholischer Religion geschmäht und der Zar als Hüter des wahren Glaubens und Schützer der Orthodoxie als Befreier von ungarischem Joch gefeiert wird. Ferner werden die Grenzgebiete ständig als von Rechts wegen russischer Boden dargestellt, der Rußland wieder einverleibt werden würde. Der Hauptangeklagte Kabalynk und ein Teil der anderen Angeklagten haben ebenso wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Revision im Prozeß Mielczynski.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Prozeß Mielczynski Revision eingelegt.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Straußfurt, 3. März + 1,90, 4. März + 1,85, Großlitz + 1,82, + 1,80, Nebra Oberp. + 2,22, + 2,22, Unterp. + 1,68, + 1,68, Brücken. —.—, —.—, Kösen 1,18, + 1,16, Weißenfels Unterp. + 1,06, + 1,04, Trotha + 2,74, + 2,70, Alsleben + 2,32, + 2,32, Bernburg + 2,00 + 1,93, Calbe Oberp. + 1,86, + 1,84, Unterp. + 1,84, + 1,76, Grizehne + 1,89, + 1,81.

Verantwortlich:

für Politik: Rechtsanwalt Dr. Straffer; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Kongresse: H. Mieschner; für Provinz, Handel, Feuilleton und Allgemeines: G. v. P. Kohlmann; für den Anzeigenteil: P. Kersten; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezw. den Verlag, sondern lediglich an die

„Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)" zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403052-18/fragment/page=0006